

Bezugspreis: Für den Monat Juli 22 000 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 6. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Der Kampf um den Lohn.

Die Index-Verhandlungen gescheitert. — Ein sozialdemokratischer Antrag. Streitbeschluss der Berliner Metallarbeiter mit 120 444 gegen 9049 Stimmen.

Die offizielle Benachrichtigung der Presse über den Ausgang der Verhandlungen...

Im Reichsarbeitsministerium hat am Donnerstag die Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer...

Hinter diesen wohl abgewogenen Worten verbergen sich sehr ernsthafte Gegensätze.

Die mit den Vertretern der Arbeitgeber unter dem Vorsitz des Herrn Reichsarbeitsministers am 5. Juli geführten Verhandlungen...

zunächst den Wünschen der Staatsarbeiter- und Beamten-gewerkschaften auf Übernahme des Anpassungssystems...

Das Kabinett ist von dieser Stellungnahme der Spitzengewerkschaften noch am gleichen Tage verständigt worden.

Gestillt wird jetzt von den Arbeitgebern verbreitet, daß sie eine sachliche Diskussion nie abgelehnt hätten...

Die Arbeitgeber wehren sich mit verbissener Energie dagegen, daß der Lohn des deutschen Arbeitnehmers den Kosten der Lebenshaltung angepasst wird.

Eine ganz besonders üble Ausrede ist es, wenn die Unternehmer sich in der Fassung wohlmeinender Beschlüsse...

Jetzt müssen, wenn schon die Arbeitgeber die Beratungen „auf breiterer Basis“ fortzusetzen wünschen...

Der Reichsanwalt und der Reichstag sind unterrichtet.

Wir wissen, daß die Kämpfe um den wertbeständigen Lohn, die jetzt und in nächster Zeit durchgeföhrt werden...

Die neue Rechnung wird uns zeigen, wie arm wir sind. Sie wird im besonderen aber auch erkennen lassen...

Deswegen möge jetzt die Regierung handeln. Dann wird die übergroße Mehrheit des Volkes hinter ihr stehen.

Inzwischen hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, sofort auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Februar d. J. eine Verordnung zur Erhaltung der Wertbeständigkeit...

Es ist zu bestimmen, daß die jeweils vereinbarte Entlohnung in ein bestimmtes Verhältnis zur amtlich festgesetzten Kaufkraft der deutschen Reichsmark...

durch welchen die in der Lohnzahlungswoche zu erwartende weitere Preisänderung Berücksichtigung findet;

für die Beamten und die auf Privatdienstvertrag tätigen Angestellten sind diese Grundsätze sinngemäß anzuwenden;

nach dem gleichen Index sind die Sozialrenten und Unterstützungen wertbeständig zu gestalten.

Die zuständigen Stellen sind anzumelden, Tarifverträge, die Klauseln zur Sicherung der Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens enthalten, für rechtsverbindlich zu erklären;

für die Angestellten in privaten Unternehmungen ist die mindestens vierzehntägige Gehaltszahlung anzuordnen;

Aufträge des Reichs sind nur an solche Firmen zu vergeben, die für ihre Arbeitnehmer die Wertbeständigkeit der Entlohnung eingeföhrt haben.

Die von den Unternehmern gewünschte „breitere Basis“ ist damit geschaffen.

Streik in der Metallindustrie.

Die gestern in den Betrieben der Metallindustrie durchgeföhrtet Abstimmung hat, wie es bei der tiefgehenden Erregung der Arbeiterschaft nicht anders zu erwarten war, eine ungeheure Mehrheit für den Streik ergeben.

Niemand wird sagen können, daß die Gewerkschaften nicht alles getan hätten, um ohne diesen Kampf eine Regelung der heillos verfahrenen Lohnverhältnisse herbeizuföhren.

Der Berliner Etat endgültig gescheitert

Die Kommunisten wollen eine Katastrophe.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde durch den Einspruch der Kommunisten und der Wirtschaftspartei trotz entgegenstehender Vereinbarungen im Kabinettsausschuß durch Widerpruch...

Die Ablehnung des Berliner Etats ist in der Geschichte der größten Kommune Deutschlands ein bisher noch nicht dagewesener Fall. Diese Ablehnung fällt in die Zeit größter wirtschaftlicher Not und bedeutet für die arbeitenden Schichten eine schwere, in ihren Folgen noch nicht abzusehende Bedrohung der wirtschaftlichen Lage.

Die Kommunisten tragen für diese Ablehnung die alleinige und volle Verantwortung. Sie haben das selbstverständlich gewußt und auch gewollt, trotz aller Redensarten, mit denen sie ihr provokatorisches Vorgehen bemänteln wollen.

und Verwicklungen zu umkleiden suchen. Ihre Ablehnung des Etats hat in steuerlicher Hinsicht nur die eine Konsequenz, daß die Belastungen der werktätigen Bevölkerung weiterlaufen, während der Beschäftigte einige Monate vor dem Steuererheber sicher ist.

Die Hoffnungen dieser sogenannten „Arbeitervertreter“, die mit bewußter Absicht und planmäßig Glend und Verwirrung zu erzeugen versuchen, in der naiven Hoffnung, dann ihre „Arbeiterpolitik“ machen zu können, müssen zusammenbrechen.

Handlungswiese schon lange nicht mehr verstanden haben. Sie sieht die ständige Entwertung des Geldes. Sie sieht klar, wie jede Lohnerhöhung in der letzten Zeit in Wahrheit einem Lohnrückgang gleich kam und fürchtet mit Recht die gänzliche Vereindung. Die Gewerkschaften wissen, was auf dem Spiele steht, und der Verantwortung entsprechend, die auf ihnen lastet, haben sie alle Möglichkeiten erschöpft, um zu einer gütlichen Einigung in dieser so wichtigen Frage, zu einer vernünftigen und der ständig fortschreitenden Geldentwertung angepaßten Lohnregelung zu gelangen. Es handelt sich bei diesem Kampf nicht mehr um eine einmalige Lohnerhöhung, sondern um die prinzipielle Frage der wertbeständigen Löhne. Das Ergebnis dieses Kampfes wird grundlegend sein für alle übrigen Arbeiterkategorien. Unternehmer und Reichsregierung mögen sich klar darüber sein, daß dieser Kampf eine Bewegung ist, die aus der Tiefe der Arbeiterschaft geboren, sich zu noch weiteren Wirtschaftskämpfen auswachsen kann, deren Folgen gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Lage unübersehbar sind. Die Reichsregierung hat zwar, nachdem sie sich in der Frage der wertbeständigen Löhne zunächst passiv und ablehnend verhalten hat, in den letzten Tagen versucht, zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft vermittelnd zu wirken. Sie hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Grundlagen der Existenz der Arbeiterschaft und damit auch die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten bleibt. Die Arbeiterschaft ist gewillt, dem Lohnbetrug, der seit Jahren an ihr verübt wurde, ein Ende zu machen. Sie verlangt eine ehrliche Bezahlung des tariflich vereinbarten Lohnes. Auf die Reichsregierung und auf die Vertreter der Unternehmer in der Zentralarbeitsgemeinschaft fällt die Verantwortung für diesen Kampf und für alles, was er nach sich ziehen kann.

Die Bergarbeiterlöhne.

Zur Regelung der Löhne für den Kohlenbergbau im unbefestigten Gebiet ist im Reichsarbeitsministerium auf Wunsch der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ein Schlichtungsausschuß zusammengestellt, der, wie im Gegensatz zu anderslautenden Angaben einzelner Blätter mitgeteilt wird, vom 9. Juli als eine Lohnerhöhung von 50 Proz. festgesetzt hat. Die Lohnerhöhung beträgt danach im Durchschnitt, einer Erhöhung des Hausstand- und Kinderzuschusses für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau 30 800 M., für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau (Kernzeiler) 27 900 M. je Schicht. Die Verhandlungen für den Bergbau der besetzten und Einbruchgebiete werden in den Revieren selbst geführt.

Gesetz zum Schutze der Währung.

Ein Antrag der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Gesetzentwurf eingebracht:

Entwurf eines Strafgesetzes zum Schutze der Währung.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

- § 1. Wer fremde Zahlungsmittel oder wer Edelmetalle ohne berechtigten wirtschaftlichen Bedarf gegen deutsche Zahlungsmittel tauscht oder solche gegen Edelmetalle oder fremde Zahlungsmittel verkauft, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft. Ebenso wird bestraft, wer mit Bezug auf Edelmetalle deutsche oder fremde Zahlungsmittel anders Rechtsgeschäfte eingeht, von denen er erkennen muß, daß sie ihrer Art nach geeignet sind, die deutsche Währung zu schädigen. Wurde die Handlung in der Absicht begangen, die deutsche Währung zu schädigen, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein.
 - § 2. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe zu erkennen. Die Höhe der Geldstrafe ist unbegrenzt.
- Die Edelmetalle oder ausländischen Zahlungsmittel, durch welche die Straftaten begangen wurden oder werden sollten, oder welche durch die Straftat gewonnen wurden, sind ohne Rücksicht auf die Rechte Dritter einzuziehen. Sind sie nicht erreichbar, so ist ihr Wert einzuziehen.

Mitternachtssonne.

St. Abislojokk, Ende Juni.

Vor dem dunkelroten Holzhaus des Touristenhotels stehen Lappen, Männer, Frauen, Kinder, in blauen Kitteln mit bunten Stickereien. Ihre gebräunte Haut ist verbrüht wie die Schale erfrorener Kefel, über spitzen Backenknochen leuchten schiefgeschlichte, gutmütige Augen. Alljährlich im Sommer kommen die Lappen über den See, um mit Rentierfellen und Schnitzereien zu handeln und sich als Sehenswürdigkeit bekannnen zu lassen.

Ueber schneebedeckten runden Köpfen steht eine strahlende wärmende Nachmittagssonne — die Uhr zeigt 10 Uhr abends — der Lornetrüß glänzt weit in hellblauer Fläche. Raum manns-hohe Birken säumern im östlichen ersten Grün. Im Noos blüht es weiß, gelb und bläulich-rot, Sumpfsimilbeeren, Butterblumen, winzig kleine Alpenrosen. Vor 14 Tagen war alles noch Eis und Schnee, aber 14 Tage sind 28, denn die Sonne arbeitet mit 12stündiger Doppelschicht, Tag und Nacht.

Drüben über dem See, wo die Rentiere weiden, ist das Vappenkoger Poloziten. Einige vorurteilslose junge Männer lassen sich im Kreis der fremden Besucher fotografieren, ältere Leute, Frauen und Kinder laufen davon, wo die Kamera erscheint. Die Vorurteilslosen lassen sich vertraulich den Arm um den Hals legen. Der Mangel an Vorurteilen ist gegenseitig, denn es ist eben nur ein Vorurteil, daß die Lappen (von Poloziten) Hölzer haben und nach Iron riechen sollen. Ihre zeltartig spitzen, mit Naken und Noos überbedeckten Holzhütten gleichen im Innern guten Mannschossunterständen und sind mit Birkenreis sauber ausgelegt. Auf dem Holzfeuer schimmern Kupferkessel im Wert von einigen Millionen Papiermark.

Die Nachmittagssonne läuft von 10 bis 11 Uhr (in der Nacht) über die schneeigen Berggränder und senkt sich tiefer. Es wird empfindlich kalt. Nun gibt es mit glänzenden Wolken und bläulich-blauen Himmel andächtige Abendstimmung. Der weißglühende Ball steht in knappem Abstand über dem Berg; er steht wahrhaftig, er geht nicht mehr tiefer — die Uhr zeigt 1/2 12, die astronomische Mitternacht.

Die Sonne steigt! Die Sonne steigt! Ganz deutlich sieht man, wie sich der Abstand vom Berggrand vergrößert. Der See brennt und dampft, die weißen Zeden glühen rosenrot. In den hellgrünen Birkenbüschen spinnst Korallenzauber. Die Uhr zeigt 12 1/4.

Höher und höher, heller und heller. Der Tag ist da? Unfinn! Der Tag ist seit 14 Tagen da, und ebensovlang wird es dauern, bis hier wieder die Sonne untergehen wird. Dann wird die Nacht fünf, zehn, zwanzig Minuten, eine Stunde dauern, und dann wird sie länger und länger werden und einen Monat hindurch — von Mitte Dezember bis Mitte Januar — wird sie täglich 24 Stunden dauern, und über dem tief verschneiten Land wird nichts leuchtender als das Nordlicht. . . .

Wäre es nicht zuvörderst Aufgabe der Reichsregierung gewesen, dieses Gesetz einzubringen, mit der andere Staaten, z. B. die Tschechoslowakei, vorgegangen sind?

Passiver und aktiver Widerstand.

Regierungsverhandlungen, Reichstagsdebatte?

Der Reichskanzler hat gestern mit dem päpstlichen Nuntius Bacelli weiterverhandelt; als Ergebnis erwartet man heute eine Regierungserklärung gegen die Sabotageakte im besetzten Gebiet. Diefelbe Frage war Gegenstand einer gemeinsamen Beratung des Reichskabinetts mit der preussischen Regierung am gestrigen Nachmittag. Am Abend beriet der Reichsausschuß des Reichstags über die Frage, ob vor der Arbeitspause, die am Sonntagabend beginnen und etwa drei Wochen dauern dürfte, eine allgemeine politische Aussprache stattfinden soll. Die bürgerlichen Parteien wollen eine solche Aussprache vermeiden. Die sozialdemokratische Fraktion beschloß jedoch am Schluß ihrer gestrigen Sitzung, eine allgemeine Aussprache für morgen zu beantragen. Sie bestimmte für den Fall, daß sie mit ihrem Antrag durchdringt, den Genossen Sokolmann zum Redner.

Reichswehr und Landarbeiterstreik.

Zu dem Artikel „Der schlesische Landarbeiterstreik. Selbstschuß-Propagationen. Die zweideutige Reichswehr“ in Nr. 284 des „Vorwärts“ vom 20. Juni 1923 teilt uns das Reichswehrministerium mit: Der angebliche Selbstschußführer v. Winterfeldt ist weder von Oberst Eudde noch Hauptmann Wöhrstedt oder Hauptmann Bogatsch, noch überhaupt von Dienststellen oder Offizieren der Reichswehr unterstützt worden. Ueberhaupt ist den Bestrebungen zur Befreiung der streikenden Landarbeiter von militärischer Seite keinerlei Unterstützung zuteil geworden.

Wiedereinstellung im Einbruchgebiet.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Rechte solcher Arbeitnehmer sichern soll, die seit der Ruhrbesetzung ihre Stellung im besetzten Gebiet verloren haben. Ist es infolge Ausweisung oder Betriebsbeschränkung, die durch die Besetzung hervorgerufen ist. Die Betriebsinhaber sollen verpflichtet werden, die Arbeitnehmer wieder einzustellen, die am 11. Januar in ihren Betrieben beschäftigt waren und inzwischen ausgeschieden sind. Die Vorlage entspricht einem von unseren Genossen veranfaßten Reichstagsbeschlusse.

Weiter ist eine Gesetzesvorlage eingebracht, die das Reichsbeamtengesetz abändern will. Die oberste Reichsbehörde soll ermächtigt werden, ein schwebendes Disziplinarverfahren vor der Entscheidung der Disziplinarkammer zurückzunehmen. Es ist zu vermuten, daß dieser Entwurf auf die noch immer nicht erledigten Disziplinarverfahren gegen die streikenden Eisenbahner zurückzuführen ist.

Die sieben Todesurteile bleiben bestehen.

Düsseldorf, 5. Juli. (WZ.) Die Revision, die von den vom Rainer Kriegesgericht am 20. Juni wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilten sieben Angeklagten sowie von dem zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten und dem zu fünf Jahren Gefängnis Verurteilten eingelegt worden war, ist verworfen worden. Der Verteidiger der Angeklagten war nicht anwesend.

Zum Duisburger Unglück.

Köln, 5. Juli. (WZ.) Die „Rheinische Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift von sachkundiger wissenschaftlicher Seite über das Duisburger Eisenbahnunglück, in der auf die Tatsache hingewiesen wird, daß das Untergerüst des gesprengten Wagens fast unverletzt geblieben ist, und daß auch Gleise und Brückenbahnen nicht beschädigt sind, daß dagegen der Wagenkasten vollständig auseinandergefallen ist. Es gibt, heißt es in der Zuschrift weiter, nur eine einzige einmündige Erklärung für diese

Ercheinungen, nämlich die, daß eine Gasexplosion im Wagen erfolgte. Die Eisenbahnen sind mit Delgasbeleuchtung versehen und daher mit einem Delgasbehälter ausgestattet. Sprengstoff ist also jederzeit vorhanden. Reines Gas explodiert allerdings nicht, wohl aber wird es zu einem gefährlichen Sprengstoff, sobald es sich mit Luft vermischt. Vom Delgas gilt zudem, daß staubhaltige Luft die Entzündbarkeit des Gemisches wesentlich erhöht. In dem besetzten Eisenbahnwagen waren beim Ausströmen des Gases alle Vorbedingungen zu einer heftigen Explosion gegeben. Die Verteilung des Gas-Luft-Staubgemisches im Wagenbereich mußte im Falle einer Entzündung genau die Wirkungen hervorrufen, die bei dem Duisburger Fall bekannt geworden sind. Das Ausströmen von Gas ist bei unvorsichtiger Behandlung der Einrichtungen leicht möglich. Die Tatsache, daß fremdes Personal mit unbekanntem oder ungewohnten Konstruktionen feis unsicher arbeitet, tritt ja durch die unzähligen Eisenbahnunfälle unter dem Betrieb der „Rege“ deutlich in die Erscheinung.

Duisburg, 5. Juli. (WZ.) Durch die Patrouillen, welche die Beachtung der Sanktionen in Duisburg überwachten, wurden gestern ein Deutscher getötet und drei Deutsche verwundet, welche auf Anruf nicht stehenblieben.

Essen, 5. Juli. (WZ.) Der Schlosser Frey, der bei der Schießerei in Dortmund in der Nacht zum 11. Juni verletzt wurde, ist gestorben. Damit erhöht sich die Zahl der Todesopfer jener Nacht auf sieben.

Meuterei im Ruhrgebiet.

Münster, 6. Juli. (Gg. Drahtber.) In Lünen meuterten am 2. Juli erneut französische Truppen. 35 verhaftete Franzosen brachen aus dem Gefängnis wieder aus und riefen in unbekannter Richtung. Weitere Verhaftungen französischer Soldaten dauern an.

5 Jahre Zuchthaus für einen Landesverräter.

Leipzig, 5. Juli. (WZ.) Der Senat des Reichsgerichts für Strafsachen erster Instanz verhandelte heute in nicht-öffentlicher Sitzung gegen den Kaufmann Hasenbrück aus Andernach. Hasenbrück, der früher Leiter der Ortskohlenstelle in Sprey war, hatte im Jahre 1921 versucht, sich Nachrichten, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, zu verschaffen, um sie der französischen Spionagezentrale zuzuführen. Nach etwa 7 1/2 stündiger Verhandlung wurde der Angeklagte dem Antrage des Reichsanwalts gemäß wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Die Folgen des Papstbriefes.

Sozialistische Interpellation in der französischen Kammer. Paris, 5. Juli. (WZ.) Die sozialistische Kammerfraktion hat ihren Vorsitzenden, den Abg. Blum, beauftragt, darüber zu interpellieren, welche Lehren die Regierung aus dem Schreiben des Papstes an den Kardinalstaatssekretär Gasparri zu ziehen gedenke.

Frankreich und der Fragebogen.

Paris, 5. Juli. (WZ.) Der „Antantliguant“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Die englische Morgenpresse behauptet, daß Ministerpräsident Daladier entsprechend dem am Sonntag dem Foreign Office geäußerten Wunsch als Antwort auf den englischen Fragebogen ein schriftliches Memorandum vorbereitet. Von autorisierter Seite in Paris wird diese Nachricht als unzutreffend bezeichnet. Der Dual-D'Orian werde nicht durch ein unfassendes Memorandum antworten. Um die Verhandlungen zu fördern, werde er schriftliche Erklärungen über Einzelheiten liefern.

Frankensturz in London.

London, 5. Juli. (WZ.) Auf dem fremden Wechselmarkt folgten der französischen und der belgischen Front heute eine bemerkenswerte Schwäche mit 77,4 bzw. 92,5, während die italienische Lire auf 106 fiel. Die deutsche Mark schloß mit 880 000 nach 900 000 etwas schwächer als gestern.

Noch höher, noch heller. Eine Orgie des Lichts. Wie falsch sind die Photographien der Mitternachtssonne, die einen glühenden Ball in dümel-dämmeriger Landschaft zeigen! Da freilich, wenn du in die Sonne schaust, daß du fast blind wirst, dann heißt du auch zu Hause alles schummerig und faul. Die photographische Platte arbeitet wie eine von Licht überreizte Netzhaut. In Wahrheit ist alles Farbe und Licht, auch bei bedecktem Himmel ist es hier um diese Zeit heller Tag.

Die Uhr zeigt hier eins. Die Geisterjunde ist zu Ende, die Stunde des leuchtenden Wanders. Dieser frische Frühlingsmorgen mit seiner selbstverständlichen Heiterkeit kann uns nicht hindern, schlafen zu gehen.

Die Lappen haben das längst grian. Es ist doch eine alte Geschichte, daß in dieser Jahreszeit die Sonne auch in der Nacht am Himmel steht. Das ist schon immer so gewesen und wird immer so bleiben.

Und Sehenswürdigkeiten können einem nicht imponieren, wenn man selber eine ist.

Eine Tugendheldin im Lichte historischer Forschung. Wenige Frauen haben jahrhundertlang die Phantasie so beschäftigt und die Künstler so begeistert wie die Gestalt der Beatrice Cenci, die in einen berühmten Prozeß des 16. Jahrhunderts verwickelt war. Die Anklage, den Vater ermordet zu haben, weil er ihr Gewalt angetan, die furchtbare Form ihrer Hinrichtung, der Glaube an die Unschuld dieses heidenhaften Mädchens — all das umgab ihre Figur mit einem Nimbus der Größe und des Grauens. Der Glaube an ihre Unschuld war aber bereits durch die Forschungen der beiden Jesuiten Paria und Rivieri erschüttert worden, und nunmehr hat der bekannte italienische Kunsthistoriker Corrado Ricci dem Prozeß gegen die Familie Cenci eine eingehende Studie gewidmet, bei der er auch einen bisher unbekanntem Prozeßbericht aus den Staatsarchiven benutzen konnte. Der bössartige, brutale und verbrecherische Charakter des Vaters Francesco Cenci wird auch durch die neuen Dokumente nicht verändert. Aber die Schuld, sah an seiner Tochter Beatrice vertragen zu haben, wird durch nichts erwiesen. Diese Beschuldigung scheint ein letzter Verzweiflungsschritt des Abolaten gewesen zu sein, der die Würde des Cenci verleidigte, und als er sah, daß ihre Sache verloren sei, dadurch Beatrice entlasten wollte. Er erreichte aber das Gegenteil, denn diese durch nichts bewiesene Beschuldigung machte auf die Richter einen schrecklichen Eindruck, und veranlaßte Papst Clemens VIII., eine besonders strenge Bestrafung zu befehlen. Beatrice half dabei von dem gewalttätigen und unbeherrschten Temperament ihres Vaters geerdet. Zur Zeit des Prozesses und ihrer Hinrichtung war sie 24 Jahre alt, nicht 17, wie man bisher angenommen, und sie, die von den Dichtern als reines Bild der Tugend gepriesen, besah einen unehelichen Sohn aus ihrer Beziehung zu einem Edelmann aus dem Hause Colonna, Olimpio Colatini. In einem Lehens ihres am 8. September 1599 verfaßten Testaments sieht sie eine Summe aus, „um eine arme Witwe zu erhalten“. Dies war ihr eigenes Kind. Durch die von Ricci beigebrachten Dokumente wird die Legende von der Heidenjungfrau Beatrice, die ihre Unschuld verteidigte, end-

gültig zerstört. Beatrice erscheint als ein Opfer der Umgebung, in der sie aufwuchs und in der ihr unmoralischer und bestialischer Vater herrschte. Sie war, wie Ricci sagte, „erbarmungslos gegen einen erbarmungslosen Vater“. Die furchtbare Strafe, die sie traf, sollte das ungeheure Verbrechen des Vaters morden föhnen. Die Grausamkeit der Hinrichtung, ihre Schönheit und ihr Mut riefen beim Volk einen gewaltigen Eindruck hervor, der zur Bildung der Legende führte. Als in den ersten Tagen des Jahres 1800 das Grab Beatrices von den Jakobinern der ersten römischen Republik geöffnet wurde, fand man das enthaupdete Skelet, in einem schwarzen Mantel gehüllt, und nahe dabei lag der Schädel in einem silbernen Becken, der noch die Ueberreste des Kranzes trug, mit dem ihn die Volkserhebung auf dem Schafott geschmückt hatte.

Es bringt niemals Segen, wenn die wissenschaftliche Forschung in die Geschichte altbildiger Häuser zu tief hineinkucknet. Manche währende Legende wird zerstört, und die Bekehrung, die das treue Volk seinen Heiligen und Beinen entgegenbringt, bekommt fast regelmäßig einen Knag.

Die Organisation der Zerstörung. Folgende Meldungen sind einigen wähllos herausgegriffenen Zeitungen von gleichem Tage entnommen:

Ein neues Pulver. In Washington ist ein neu entdecktes Pulver geprüft worden, das vornehmlich für Gewehre, Pistolen, und Revolverpatronen bestimmt ist und gegenüber dem bisher im Gebrauch befindlichen Pulver den Vorzug hat, daß es bei gleicher Stärke keinen Rauch entwickelt. Auch soll es nicht durch Feuchtigkeit beeinträchtigt werden. Die Prüfung war erfolgreich und die militärischen Autoritäten der Vereinigten Staaten legen auf diese Entdeckung hohe Erwartungen.

Ein Riesenschiff. Aus Dayton (Ohio) wird berichtet, daß in wenigen Tagen der größte Aeroplan der Welt aufsteigen wird. Er ist 9 Meter hoch, 19 Meter lang, 38 Meter breit und wiegt 20 000 Kilo. Dieser Aeroplan soll imstande sein, hinreichend Explosivstoffe bei sich zu führen, um ganze Städte zerstört zu zerstören.

Das geheimnisvolle X. Das größte und stärkste Unterseeboot der Welt ist in England vom Stapel gegangen. Es heißt „X 1“ und hat untergetaucht eine Wasserverdrängung von 3600 Tonnen. Um die Konstruktion dieses Schiffes wird großes Geheimnis bewahrt, dennoch kann der „Daily Herald“ darüber mitteilen, daß das Schiff mit 30-Zentimeter-Kanonen bestückt ist und daß es über Wasser eine Schnelligkeit von 25 Knoten per Stunde hat. Ueber Wasser soll das Schiff durch Dampf, unter Wasser durch Elektrizität betrieben werden. Die Herstellungskosten betragen 820 000 Pfund Sterling.

Danach darf also die Menschheit sich in der beruhigenden Zuversicht wagen, daß für den nächsten frisch-fröhlichen Weltkrieg bereits aufs beste vorgesorgt wird. Am nötigen Kanonensputzer wird es auch nicht mangeln, solange die Völker so dumm sind, sich von einer Handvoll Kapitalisten und Militärs ins Heidengrab schiden zu lassen.

Klima und Weltgeschichte. Inwiefern das Klima von Einfluß auf die Geschichte der Menschheit sein kann, ist eine Frage, mit der sich die Wissenschaft seit langem beschäftigt. Es ist bekannt, daß feinerzeit der Professor für Meereskunde, Brückner, auf den Einfluß der Klimawandlung im Leben der Völker und Staaten hingewiesen hat. Neue, interessante Ergebnisse der wissenschaft-

Rücktritt und Kampfanzeige Pilsudskis.

Warschau, 5. Juli. (WZ.) Der Präsident der Republik hat an Marschall Pilsudski ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Bitte um Enthebung von dem Posten des Vorsitzenden des erigierten Kriegsrates und des stützenden Vorsitzenden des Großen Kriegsrates annimmt.

Der als Staatsgründer gefeierte Pilsudski hat bei einer Abschiedsfeier mit dem Generalstab die heftigsten Angriffe auf die jetzigen Machthaber gerichtet; sie erreichten ihren Gipfel in der Bezeichnung „Verbrecherbande“. Die Linkspresse, auch der sozialdemokratische „Kobornik“ (Der Arbeiter), kündigen an, daß der „Ruhestand“, in den Pilsudski versetzt wird, für ihn kein Ruhestand sein wird.

Duell mit dem Kriegsminister?

Warschau, 5. Juli. (WZ.) Angesichts der in polnischen Militärkreisen über die Anschaffung Pilsudskis bereits herrschenden Erregung kann der heftige Konflikt zwischen Pilsudski und dem neuen Kriegsminister Szeptycki leicht größere Bedeutung gewinnen, als die eines sensationellen Zwischenfalls. Die persönliche Grundlage des Konflikts geht wohl noch auf 1916 zurück, als Szeptycki, der ehemalige Regimentsführer und Untergebene Pilsudskis, zu der pilsudskifreundlichen Regierung überging. Die sachliche Grundlage, die im Kriegsrat zum Zusammenstoß führte, ist die Frage der Organisation der obersten Militärbehörden. Szeptycki legte einen Besetzungsvorschlag vor, wonach der Kriegsminister entscheidende militärische Kompetenzen erhalten soll. Pilsudski dagegen wünscht die Einsetzung eines Generalissimus mit großer Selbständigkeit, wobei er selbst eine solche Position anstrebt. Während der Diskussion sprach Pilsudski so scharf gegen Szeptycki, daß dieser ihm durch den Generallieutenant Haller und den Warschauer Korpskommandeur Pogorzelski eine Duellforderung übersandte.

Fortsetzung der Kammerdebatte.

Die deutschen Sachleistungen.

Paris, 5. Juli. (WZ.) Die Kammer setzte ihre Beratungen über das Budget der von Deutschland zu erhaltenden Ausgaben für den Wiederaufbau fort. Der Minister für den Wiederaufbau Reibel führt aus, er wundere sich, daß der Abg. Desiré Ferry der jetzigen Regierung den Vorwurf mache, sie habe die Reparationen in natura vernachlässigt. In Wirklichkeit habe

noch kein Ministerium soviel Anhänger der Sachleistungen erhalten

wie das gegenwärtige. Er Reibel, habe sich zugunsten der Sachleistungsleistung ausgesprochen. Dies sucht er durch die Verhandlungen über die praktische Durchführung des Wiesbadener Abkommens seit 1921 zu beweisen und erklärt im übrigen seine Zufriedenheit mit der Durchführung dieses Abkommens und der späteren Erfolge. Seit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages bis zum 1. August 1922 seien 9 136 000 Goldmark an Sachleistungen erfolgt, vom 1. August 1922 bis zum 1. Januar 1923 für 13 1/2 Millionen Goldmark. Die Ruhrbesetzung behindere nicht die Durchführung der Sachleistungen, im Gegenteil, sie erleichtere die normale Entwicklung, nachdem Deutschland sich gebeugt habe, wie es das tun werde.

In der Nachmittagspause fragte Abg. Cahin (Komm.) erneut, ob es zutrefte, daß die französische Regierung die separatistischen Agenten im Rheinland und die royalistischen Agenten in Bayern subventioniert habe. Reibel erwiderte, daß eine Beantwortung der Frage durch den Ministerpräsidenten zurzeit nicht möglich sei, daß er aber diese Behauptungen auf das entschiedenste dementieren müsse. Die französische Regierung betreibe in Deutschland eine sehr klar und unzweideutige und auch sehr offene Politik, die die Mehrheit der Kammer gebilligt habe, und die Regierung bedauere, daß Cahin und seine Freunde sich ihr nicht angeschlossen. „Darauf“, antwortete Cahin, „können Sie lange warten!“

Thrunis Regierungsantritt.

Brüssel, 7. Juli. (Gca.) Heute nachmittags gegen 1/5 Uhr erteilte die belgische Kammer für das Kabinett Thrunis mit 94 gegen 63 Stimmen das Vertrauensvotum.

lichen Forschung sind auf diesem Gebiete Huntington, Professor an der Yale-Universität, gelungen. Huntington hat Klimakurven nach dem Wachstum der Bäume seinen Forschungen zugrunde gelegt. Er bedient sich zu diesem Zweck der taufformigen Niefenbäume (Sequoia washingtoniana), die bekanntlich ein sehr hohes Alter erreichen. Die erhaltene Baumkurve konnte er für die Zeit 1800 vor Christi bis 1900 nach Christi mit dem Studienmaterial asiatischer Bäume vergleichen. Um 1300 vor Christi sehen beide Kurven auffallend tief und deuten auf große Trockenheit. Das ist die Zeit der großen Völkerwanderung und der Kolonisation der Griechen, des Einfalls der Hellenen in Mesopotamien, der Hungersnöte in Ägypten usw. Um 700 vor Christi stehen beide Kurven hoch. Das ist die Blütezeit des asiatischen Reiches und der griechischen Kolonien. Um Christi Geburt erkrümmt die Kurve nach Ueberwindung eines Minimums wieder den Höhepunkt. Das ist die Zeit des allgemeinen Weltfriedens, die Blütezeit des römischen Reiches unter Augustus. Erst 700 Jahre später tritt Kurvensteilheit ein: wieder große Völkerwanderungen, Ausbrechen der Araber usw. So herrscht bis in die Gegenwart hinein eine gewisse Uebereinstimmung der Menschheitsgeschichte mit der Kurve. Der Forscher verlangt nun, daß künftighin die historischen Methoden einer genaueren Kontrolle unterworfen werden, damit man an Hand der markantesten Daten vom Klima Schlüsse auf das Leben der Völker und Staaten ziehen könne.

Katholikentag und Judengeld. Die Wiener Klerikalen hielten jüngst ihren Parteitag zu den kommenden Wahlen ab, der nach berühmtem Herkommen als kirchliche Beiratsversammlung mit Papstbesegen, Kardinalbriefen usw. aufgezogen wurde. Die christlich-sozialen „Reichspost“ gab eine Reformnummer heraus, die Dutzende Seiten mit Invektiven der höchsten Grobhanden und Händler enthielt. Dieser etwas anstößige Text wurde mit frivolen Sprücheln und Berichten umrahmt. Außerdem trugen die einträglichen Textausstellungen, die 1 bis 1 1/2 Milliarden Kronen eingebracht haben müssen, jenes Kreuzel, mit dem das neue Brechgesch bezahlte Texte kenntlich zu machen zwingt. Nun hat aber der Oberste Gerichtshof ausgesprochen, daß auf der ersten Zeitungsseite in auffälliger Weise die Leser aufmerksam gemacht werden müssen, was die Kreuzel bedeuten. Diese Vorschrift haben die Kreuzelreiter von der „Reichspost“ außer acht gelassen, und die „Arbeiter-Zeitung“ läßt das nicht ungerochen. So entwickelt sich aus der Glaubensparade — — — eine Christenverfolgung.

Die Schlüsselzahl des Buchhändler-Vereins ist auf 12000 festgesetzt worden.

Das Größliche Kabinett J. W. Neumann, Kurfürstendamm 293, eröffnete seine Sommeranstaltung mit Besuchen von Künstlern des Reiches, ferner mit Besuchen von Darla, Beckmann, Dix, Felix Müller, Gros, Duffo Michon, sowie mit Großbild und Zeichnungen von Auffuffubbo, Paul Klee, Wilhelm Lehmann und Franz Marc.

Das erste Ciperanto-Kabarett wird her vom 2. bis 8. August in Nürnberg stattfinden. Internationale Ciperantofestung seinen Teilnehmern vorführen. Neben einer Vorlesung von Ciperanto dem Weisen“ soll auch eine Brill-Kaufleistung in Ciperanto stattfinden.

Fort mit dem Feschenbachurteil.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen das Feschenbachurteil gestaltete sich die öffentliche Versammlung am gestrigen Donnerstagabend im Lehrervereinshaus. Als erster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Genosse

Wilhelm Dittmann:

Es wäre eigentlich Sache jedes anständigen Menschen, gleichviel welcher Partei, gegen das ungeheuerliche Urteil, welches die Leidenschaft des Volkes aufs tiefste erregt hat, schärfsten Protest zu erheben. Es ist ein Leidenurteil schlimmster Art, das nur möglich war in der Münchener Atmosphäre. München ist seit Niederwerfung der Räterepublik zum Hart der Reaktion geworden. In den dortigen „nationalsozialistischen“ Kreisen herrscht ein Haß gegen Sozialismus, Bolschewismus und was man sonst als Judentum bezeichnet. Die „vaterländischen Verbände“ beherrschen die Regierung und Politik Bayerns. Nach der Ermordung Eisners lenkte sich der ganze Haß auf seinen Sekretär Feschenbach. Seit Jahren wurde erstrebt, ihn unschädlich zu machen. Endlich gelang es, ihn durch ein bayerisches Volksgericht auf 11 Jahre ins Zuchthaus zu bringen. Diese Gerichte entbehren jeder Rechtsgarantie. Keine Berufung, keine Revision, kein Wiederaufnahmeverfahren! Das Urteil wird im ganzen Reich, auch im Ausland, als

ein Racheurteil gegen die Republik

aufgefaßt. (Zustimmung.) Der Beurteilte soll zwei Dokumente veröffentlicht und hierdurch die Interessen des Deutschen Reiches geschädigt haben. Es handelt sich um eine Denkschrift des ermordeten Erzberger und um ein Telegramm des bayerischen Bevollmächtigten beim Papst, Baron Ritter. Die Denkschrift war aber bereits 1919 in der Münchener Presse öffentlich besprochen! Das hat auch das Gericht zugeben müssen. Der Unterworfene des Reichstags, dem die Protokolle vorgelesen haben, hat festgestellt, daß das ganze Urteil auf falschen politischen Voraussetzungen beruht. Das Ritter-Telegramm hat den ihm zugeschriebenen Einfluss auf die damalige Politik gar nicht gehabt und haben können; es betrifft eine Äußerung des vorurteiligen Papstes, daß Österreich gegen Serbien vorgehen müsse. Dabei steht noch nicht einmal fest, daß in dem Telegramm die wirkliche Meinung des Papstes steht. Im übrigen würde der Papst gar nicht in der Lage gewesen sein, mit seiner Meinung die Politik der Mächte zu beeinflussen. Das hat auch Sachg. Thimme nachträglich beklundet. Dem Beurteilten ist weiter vorgeworfen, daß er von den bayerischen Geheimorganisationen und Waffenlagern die Dessenität unterrichtet hat. Das soll eine Schädigung des Deutschen Reiches sein! Der Prozeß nach Haus hat ja belles Licht über die bayerischen Zustände verbreitet. Es besteht die Absicht, den stenographischen Bericht über die längste Reichstagsverhandlung herauszugeben. (Beifall.) Der Druck der Dessenität muß aber so stark werden, daß die bayerische Regierung ihm nicht widerstehen könne. Die Tore des Zuchthauses müssen für Feschenbach geöffnet werden. (Stürmischer Beifall.)

Darauf sprach, von der Versammlung stürmisch begrüßt, der

Verteidiger Feschenbachs, R.-M. Dr. Hirsberg-München.

Ausgehend von der Drenfus-Affäre unterzog er die bayerischen Volksgerichte einer kritischen Beleuchtung. Nicht weniger als 33 Jahre Zuchthaus haben drei bisher unbestrafte Zeitungsschreiber erhalten. Genau wie bei der Drenfus-Affäre schwoll die Protestwelle erst allmählich an. Ein deutschnationaler Reichstagsabgeordneter brachte vor kurzem den Mut auf, diese Protestwelle als künstliche Agitation zu bezeichnen. Aber selbst rechtsstehende Blätter haben das Urteil verdammt. Bei Eröffnung der Verhandlung wählten die Beiführer überhaupt nichts. Und nach der Urteilsfällung hat der Sachverständige Thimme öffentlich gegen das Urteil Protest erhoben und klargestellt, daß das Urteil seinen Gutachten vollkommen entgegengefeht sei, obwohl der Gerichtshof sich bei den Verhandlungen mit dem Gutachten einverstanden erklärt hatte. In der Anklage ist nichts enthalten von den Geheimberichten auf die sie sich gründet. Am vierten Verhandlungstage verlangte die Verteidigung, daß jetzt endlich die Anklagepunkte bekanntgegeben werden. Der Vorsitzende, der auch die Voruntersuchung geführt hatte, meinte dazu, daß doch die Angeklagten Bescheid wissen müßten, denn man habe ja bei der Voruntersuchung genug Protokolle aufgenommen! Ein Privatbrief Feschenbachs an seine Braut wurde u. a. als befehdend bezeichnet. In einem Teile dieses Briefes spricht Feschenbach von der Schmelzung von bayerischen erhaltungsbedürftigen Kindern in die Schweiz und beklagt darüber seine Freude aus. Diese Briefstelle deutet das Gericht dahin, daß Feschenbach eine Hungerkatastrophe schon vorausgesehen und diese durch Weitergabe einiger Dokumente noch gefördert habe! Das sei ein Verstoß am Vaterlande. Der Fall Feschenbach ist die Angelegenheit des Reiches und der Ethik. Der Redner schließt mit den Worten Kants: „Wenn es keine Gerechtigkeit mehr gibt, so hat es keinen Wert mehr, daß es Menschen auf der Erde gebe.“ (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Genosse Schlegel gibt bekannt, daß der Sachverständige Thimme wegen einer wichtigen Reise nicht sprechen könne; er hat eine Erklärung hinterlassen, woraus hervorgeht, daß er das Urteil von München nach wie vor scharf verurteilt.

Kammergerichtsrat Genosse Dr. Freymuth:

Gegen das bayerische Oberste Landesgericht als gutachtende Behörde bestehen die größten Bedenken. Schon die ganze Mün-

chener Luft, die enge räumliche und festliche Berührung mit dem Münchener Volksgericht und der bayerischen Regierung hindert an einer unbefangenen Beurteilung. Dazu kommt, daß in dem Obersten Landesgericht als Mitglieder der bekannte frühere Münchener Volksgerichtspräsident Pöhner und der frühere Justizminister Dr. Müller-Meinungen sitzen. Der letztere sagt sogar, soviel ich weiß, in dem Strafamt, dem naturgemäß die Begutachtung obliegen wird. Dr. Müller-Meinungen hat als Justizminister das Gesetz vom Juli 1919, auf dem das Verfahren in diesem Prozeß beruht, eingebracht und vor dem bayerischen Landtag vertreten. Er hat ferner im Landtag im November 1922 als Abgeordneter erklärt auf Grund „seiner genauen Kenntnis des Urteils und seiner Ueberzeugung“: „Das Urteil selbst ist nach seinen tatsächlichen Feststellungen subjektiv und objektiv in Schuldaussprache hieb- und stichfest... Ein Rechtsirrtum in der Anwendung der gesetzlichen, materiellen Bestimmung des § 92 des Reichsstrafgesetzbuchs ist nach meiner Ueberzeugung nicht nachweisbar. Es liegt infolgedessen kein Fehlprozeß im Sinne des Gesetzes vor.“ Daß in den kleinen Münchener Verhältnissen das Bayerische Oberste Landesgericht gegenüber dieser Festlegung eines so hervorragenden Kollegen wie Dr. Müller-Meinungen die nötige Unbefangtheit der Beurteilung aufbringen könnte, ist kaum denkbar. Dazu kommt folgendes: Die bayerische Regierung hatte am 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung das Reichsgesetz zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 außer Kraft gesetzt. Diese Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung war nach jeder verständigen Rechtsauslegung unzulässig. Das Bayerische Oberlandesgericht hat aber in einem ausführlichen Beschlusse vom 2. August 1922 die bayerische Regierung gebieterisch und jene Verordnung für rechtsgültig erklärt. Und dann hat der bayerische Ministerpräsident v. Knilling in der Sitzung des bayerischen Landtages vom 16. November 1922 mit deutlicher Beziehung auf jene bayerische Verordnung vom 24. Juli 1922 davon gesprochen, er erwarte, daß Bayern gegenüber der Reichsregierung „nicht neuerdings in den Zustand berechtigter Notwehr“ hineingezwungen werde. Notwehr der bayerischen Regierung gegenüber der Reichsregierung! Und eine auf dieser staatsrechtlichen Auffassung beruhende Verordnung der bayerischen Regierung hat das Bayerische Oberste Landesgericht gebieterisch und als rechtswirksam erklärt!

Als gutachtende Behörde kann verständigerweise nur das Reichsgericht oder ein hervorragender nicht-bayerischer und nicht eine Angeordnet-Stellung einnehmender Strafrechtsprofessor in Betracht kommen, z. B. der Professor Graf Dohna in Heidelberg. Man habe es ungern gesehen, daß der Republikanische Reichsbund der Juristen sich im Bunde mit der Vereinigung für Menschenrecht mit dem Urteil beschäftigt habe. Das sei für diesen aber ein Ruhmesfall. „Wir gehören zusammen dem Volke an und kämpfen mit diesem für Recht und Wahrheit. Hoch die Republik und das deutsche Volk!“ (Stürmischer Beifall.)

Dr. Artur Cloesser

nom Schutzbund deutscher Schriftsteller fand gleichfalls scharfe Worte für das Schandurteil und warme Worte für den Beurteilten. Nach einer regen Aussprache erreichte darauf die Kundgebung ihr Ende.

Auch Heidelberger Juristen protestieren.

Heidelberg, 5. Juli. (WZ.) Mit dem Fall Feschenbach beschäftigte sich eine namenhafte von Juristen und Vertretern der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg stark besuchte Protestversammlung, in der der Führer der republikanischen Arbeiterbewegung, Kammergerichtsrat Dr. Freymuth-Berlin, ein Referat hielt, in dem er in scharfer Weise gegen den Feschenbach-Prozeß Stellung nahm und es nicht nur als eine Frage der Juristen und der Politiker, sondern als eine Menschenrechtsfrage bezeichnete, den Kampf für die Gerechtigkeit zu führen und dem unrechtmäßig verurteilten Feschenbach Recht werden zu lassen.

Geheimrat Professor Dr. Thomas erklärte, wenn ein Mitglied eines hohen deutschen Gerichts Verwahrung einlegte gegen einen Justizstand, der ungenügend auf deutschem Boden begangen werde, dann dürfe es nicht geschehen, ohne daß in Heidelberg auch ein Mitglied der ältesten deutschen juristischen Fakultät zu dem Fall Stellung nehme und gegen das doppelte Unrecht im Fall Feschenbach protestiere.

Kammergerichtsrat Dr. Besler beleuchtete die Frage der Rechtsgültigkeit der bayerischen Volksgerichte und verneinte ihre Rechtsgültigkeit.

Universitätsprofessor Graf Dohna schloß sich seinem Vorredner an, als auch er auf das Schicksal verurteilte, daß innerhalb des Deutschen Reiches überhaupt verschiedene Rechtszustände bestehen könnten.

Nachdem Staatsanwalt Dr. Ratz die Volksgerichte als ein warnendes Beispiel dafür bezeichnet hatte, Sondergerichte zu schaffen, und nachdem ein Vertreter des Gewerkschaftsartikels namens der Arbeiterschaft gegen das Urteil protestiert hatte, begrüßte es Kammergerichtsrat Freymuth in seinem Schlusswort, daß es das erste Mal gewesen sei, daß sich Rechtsgelehrte über das Feschenbach-Urteil ausgesprochen haben.

Deutschland verloren.

Auch die Völkischen nicht mehr judenrein.

In der deutschvölkischen Presse ist augenblicklich die Kampfschrift eines Majors Dinklage Tagesereignis. Man ist im ersten Augenblick versucht anzunehmen, daß sich die „Kampfschrift des Offiziers gegen den äußeren Feind richtet, wird aber eines besseren belehrt, wenn man in der „Mecklenburger Warte“ folgende Charakteristik der Broschüre liest:

„Wo stehen die schlimmsten Feinde der deutschvölkischen Bewegung? Dinklage beantwortet diese Frage mit dem Nachweis, daß sie im völkischen Lager selbst zu suchen sind! Wenigstens mittelbar. In erster Linie ist hier der Alldeutsche Verband zu nennen, der mit Millionen der deutschvölkischen Freiheitspartei in den Rücken fällt, der von jeher, seitdem er unter der Führung von Justizrat Eich steht, eine ganz unklare Rolle gespielt hat. Aber für wen arbeitet der Alldeutsche Verband, wenn nicht für das völkische Deutschland? Er arbeitet in jesuitischem und jüdisch-freimaurerischem Belange! Es muß die in Wodenburg allerdings schon lange zu einem kleinen Häuflein zusammengeschrumpten Anhänger des Verbandes besonders interessieren, die Wege kennen zu lernen, die ihre Führer gehen. Aus Amerika haben sie die Mittel, um amerikanischen Gegnern das Geld, mit dem sie die deutsche völkische Bewegung bekämpfen, und hinter dem ganzen Haß der römische Jesuitismus, der seit 1916/1917 mit seinen geschworenen Feinden, den Juden in den Freimaurerverlogen Frieden auf Kosten des Deutschland geschlossen hat. Hier hat der Deutsche seinen wirklichen Feind zu suchen, in den beiden Mächten, welche den Krieg gewonnen haben und augenblicklich in der ganzen Welt regieren. Aber das Traurigste an dieser Sache ist, daß sich Deutsche, die sich völkisch nennen, dazu hergeben, die Geschäfte dieser internationalen Banden zu besorgen und den deutschen Völkischen in den Rücken fallen.“

Wir sind also bereit soweit, daß sich die Deutschvölkischen gegenständig vorwerfen, verurteilt und von den „internationalen Banden“ bestochen zu sein. Daß sie damit eingestehen, daß der Kampf gegen

Verjudung und Internationalismus lediglich ein Deckmantel für die Bekämpfung Völkischer ist, scheint den Deutschvölkischen nicht zum Bewußtsein zu kommen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie...

Landtagsarbeit.

Der Landtag nahm gestern Donnerstag das Berufs-schulpflichtgesetz im wesentlichen nach den Ausschussbeschlüssen an, dazu die Novelle zum Gewerbe- und Handelslehrerbiensteinkommengesetz. Der sozialdemokratische Antrag, die Berufsschule obligatorisch zu machen, wurde gegen Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt. — Hieran erledigte das Haus die Vorlage auf höhere Dotierung der „Disziplinarwerkst.-G.“ — Das Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz geht auf den Antrag der Sozialdemokraten in den Stöhlgenausch zurück, da verschiedene neu aufgetauchte Fragen, so z. B. die der Zuständigkeit für die Abgrenzung der Heimstättenbezirke, noch geklärt werden müssen. Auf Anregung unserer Genossen geht der Zentrumsantrag über Bekleidungsarbeiten an Beamte, Lehrer, Angestellte und Staatsarbeiter an den Beamtenausch. — Nach Erledigung einer Reihe von Eingabenberichten vertagte sich das Haus auf Montag, den 9. Juli, 12 Uhr. (Dritte Sitzung der Stempelsteuerreformkommission.) Der Landtag soll nächste Woche von Montag bis Mittwoch tagen. Dann sollen die Sommerferien beginnen.

Für Bayern verdächtig! Der Reichspräsident hat dem Reichsrat mitgeteilt, daß er beabsichtige, an Stelle des ausgeschiedenen bisherigen preussischen Staatssekretärs Böhre den Staatssekretär Weismann zum Mitglied des Reichsdignipinarhofes zu ernennen. Der bayerische Gesandte von Brager hat im Auftrage seiner Regierung gegen diese Absicht Einspruch erhoben. Staatssekretär Weismann geniesse wegen seiner Tätigkeit nicht das Vertrauen der bayerischen Beamtenschaft.

Dr. Wieth hatte in Rom mit dem Kardinalstaatssekretär Gasparri eine Unterredung.

Ergebnislose Stadtverordnetensitzung

Auf der Tagesordnung der gestrigen ersten Ferien-Sitzung stand die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats: „Die Besetzung des Haushalts 1923 in der vom Staatsauschuss festgestellten Fassung annehmen“; außerdem ein vierter Nachtrag zur Gewerbesteuerordnung (Lohnsummensteuer).

Seinen Antrag (Dem.), den Ferienbeginn bis zum 13. d. M. hinauszuschieben, widersprachen Dörr (Komm.) und Brunow (W. St.), wobei Dörr sofort auf die „Irreführung der öffentlichen Meinung“ zurückkam, die angeblich der „Vorwärts“ durch seine Mitteilung in der gestrigen Morgennummer hinsichtlich der Geldwertungsklausel begangen hat.

Die erste Lesung des Gewerbesteuerordnungsnachtrags ließen die Kommunisten passivieren, verhinderten aber durch ihren Widerspruch die Tornahe der zweiten Lesung.

Die Vorlage wegen Neuheitssetzung der Gehälter der leitenden Angestellten der Berliner Straßenbahn ging ohne Widerspruch an den Besoldungsausschuss. — Dem Vorschlag des Vorsitzers, nunmehr

die Haushaltsvorlage

in Beratung zu nehmen, leitete Dörr (Komm.) den Widerspruch von 15 Mitgliedern entgegen. — Herr Richard Kunze leistete sich den „Epö“, die Auflösung dieser doch nicht mehr arbeitsfähigen Versammlung zu beantragen.

Der Oberbürgermeister nahm hierauf Anlaß, in ernstlichen, eindringlichen Worten die Versammlung auf die Folgen des budgetlosen Regiments, auf die große Ermüdung der Verwaltung, sowie auf die in die Milliarden gehende Mehrbelastung hinzuweisen, die die gesamte Bevölkerung zu tragen haben werde; in einer Zeit so beispielloser Not sei es nicht zu verantworten, daß die Versammlung den Stadthaushalt sabotiert. Es handle sich nicht bloß um Geldfragen, es handle sich auch um das Ansehen der Versammlung; man solle nicht ohne den nochmaligen Versuch einer Verständigung auseinandergehen.

Dörr verliert die Schuld von den Kommunisten abzuwälzen. Gen. Dr. Lehmann hielt ihm entgegen, daß die Kommunisten im Haushaltsauschuss keinen Finger gerührt hätten, um den Besatz zu belassen, worauf Dörr mit dem Hinweis entgegnete, daß die neuerliche Fassung der Geldwertungsklausel außerhalb des Etats stehe, während sie bei der Beschlußfassung am 29. Juni einen Bestandteil des Haushalts gebildet habe. — Dr. Steiniger (Dnat.) gab anheim, die Sitzung auf kurze Zeit zu vertagen, um sich darüber zu verständigen, ob man dem Magistrat eventuell in gewissen Grenzen eine Vollmacht geben könne, ohne Etat zu wirtschaften.

Kämmerer Dr. Arnding: Für die zwei Ferienmonate hindurch wird also der Magistrat, die ausführende Behörde, die Geschäftsführung allein, nach seinem pflichtmäßigen Ermessen vorzunehmen haben. Mit einer Ermächtigung nach der Anregung des Vorstandes kann man dem Magistrat nicht helfen; wie eine Ermächtigung zur Beschaffung von Einnahmen gestaltet sein soll, entzieht sich meiner Kenntnis. Vom Magistrat wird verlangt werden müssen, denjenigen Teil der Versammlung, der guten Willens ist, zu veranlassen, für die Handlungen des Magistrats auch die rechtlichen Unterlagen zu schaffen. Zunächst ist doch wohl nur für heute die Entberatung abgelehnt, und am Sonnabend, oder in einer weiteren Sitzung werden wir die Lohnsummensteuer haben. Die Etatsabsetzung wird von zwei Parteien getrieben. Die eine folgt dem Wunsch: „Mag die Stadt zugrunde gehen, wenn nur der Mittelstand erhalten bleibt.“

Noch keine Stadt ging zugrunde, weil ihr der Haushalt abgelehnt wurde, es wird dadurch nur

eine außerordentliche Erschwerung der Arbeiten

und auch entsprechende Steigerung der Lasten bewirkt, die nachher doch kommen müssen und um so stärker drücken, je konzentrierter sie sich zusammendrängen. Die andere Partei hat durch die Ablehnung bewirkt, daß zwar alle anderen Steuern weiter erhoben werden können, aber gerade die, die den Besatz trifft ausgeschaltet wird. Für ein solches Verfahren fehlt mir jedes Verständnis; ausgerechnet die Ertragsteuer, die den Besatz recht schwer belastet, wird für 2 bis 3 Monate dem Steuerzahler erspart!

In der weiteren Aussprache erklärte Gen. Heimann, daß auch er sich von dem Steiniger'schen Vorschlag absolut nichts verspreche, nachdem man habe erleben müssen, daß bereits zustande gekommene Verständigungen alsbald wieder über den Haufen geworfen werden. Am Mittwoch habe die Wirtschaftspartei mit seinem Wort einen Widerstand angekündigt und Herr Dörr habe ausdrücklich er-

kärt, seine Fraktion würde der Stadtverwaltung nicht widersprechen. Der von Dörr konstruierte Unterschied im Punkte der Geldwertungsklausel sei gar nicht vorhanden; denn es heiße in der neuerlichen Formulierung: „Die laufend fällig werdenden festen Steuerbeträge sind der Geldwertung anzupassen“ usw.; damit sei doch klar ausgesprochen, daß es sich um einen Bestandteil des Haushalts handelt. Das Verfahren der Katastrophepolitiker sei ungreiflich; mit den fadenscheinigsten Gründen suchten sie neue Schwierigkeiten aufzutürmen. Die Sozialdemokratie gehe mit reinem Gewissen aus dem Rathaus heraus. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Müller-Jeanken (Wirtsch. Ver.) mißt die Schuld denen bei, die die Klausel mit dem Etat in Verbindung gebracht haben. — Nach Erledigung einiger weiterer Dringlichkeitsvorlagen, die unbeanstandet passierten, schloß die erste Ferien-Sitzung. Ob Sonnabend die zweite folgt, ist schon wieder zweifelhaft worden.

Der Magistrat hat, wie in späterer Abendstunde aus dem Rathaus gemeldet wird, sich im Anschluß an die Stadtverordnetensitzung in besonderer Sitzung mit der Lage beschäftigt, die dadurch entstanden ist, daß die Annahme des Haushalts wieder noch nicht zustande gekommen ist. Die Zentralverwaltung und die Bezirksämter werden erjucht werden, bis auf weiteres die nach dem Haushaltsentwurf vorgesehenen Arbeiten fortzuführen, und dafür Sorge zu tragen, daß bereits laufende Arbeiten nicht eingestellt werden sollen. Es wird von der weiteren Entwicklung der Wirtschaftslage, und der Geldwertung abhängen, wie lange der Magistrat ohne die Einnahmen aus den Realsteuern — und den Gewerbesteuern die städtische Wirtschaft zu führen vermag.

Die Partei zur Etatsfrage.

In der Funktionärversammlung, aus der wir gestern die einstimmig angenommene Resolution zur Etatsfrage wiedergaben, führte der Referent Genosse D. Bohmann aus:

Als nach der Ablehnung des Etats wir vor dem Scherbenhaufen standen, feuerte ein bürgerliches Magistratsmitglied: „Und das alles um einer bloßen Theorie willen!“ Ach nein, um eine bloße Theorie ging es nicht. Unverständlich wäre sonst das Echo, das unser Kampf schon Wochen hindurch in der Partei gefunden hatte, unverständlich auch die verlegene Haltung, die nach dem Etatstich die bürgerliche Presse einnahm. Für uns ging es in dem ganzen Kampf um das Prinzip, daß bei der Bedarfsdeckung den größten Teil der Lasten der Besatz tragen muß. Im Beginn der Etatsberatung versprochen wir,

Lebensinteressen des arbeitenden Volkes

zu stehen, und das haben wir in diesem Kampfe getan. Davon haben wir festgehalten — und mit Erfolg! Ermöglicht wurde uns das durch die im vorigen Jahr erreichte Niederwerfung der Partei. Noch bei der vorjährigen Etatsberatung konnten Bürgerliche und Kommunisten die eine Fraktion gegen die andere auspielen. Inzwischen hat sich der Gedanke durchgerungen, daß mit Kapitulationsgesten keine Kommunalpolitik zu machen ist. Wir sind darüber einig, daß wir eine Politik treiben müssen, für die wir die Verantwortung übernehmen können. Gerade in der Kommunalpolitik gilt es, Pionierarbeit für den sozialistischen Gedanken zu leisten. Diese Etatsberatung hat gezeigt, daß in Groß-Berlin Verwaltungsarbeit nicht mehr gegen die Sozialdemokratie möglich ist. Bohmann gab dann einen Rückblick auf die aus den Berichten des „Vorwärts“ bekannten Vorgänge bei der Etatsberatung. Im vorigen Jahr tobte der Kampf um die Auslieferung der städtischen Werte an das Privatkapital; in diesem Jahr war davon nicht mehr die Rede. Im vorigen Jahr gab es einen Sturm auf der Bürgerlichen gegen unsere Schulpolitik; diesmal lieferten sie nur noch ein paar erfolglose Rückzugsgeschichte. Der Kampf konzentrierte sich diesmal auf die Krankenhäuser. Hier ging es um weiteren Personalabbau, um stärkere Krankentafelbelastung, um die besondere Verpflegungslasse. Erfolg hatten die Bürgerlichen im Ausschuss, im Plenum aber erlitten sie eine Niederlage. Das Wichtigste bei der Etatsberatung war die Frage der

Castenverteilung zur Ausgabenbedeckung.

Der Etatsentwurf schloß ab mit 35 Milliarden Defizit, das durch Abstriche auf 32 Milliarden ermäßigt wurde. Sollten sie dem Besatz oder den breiten Massen aufgedrückt werden? Den Besatz kann die

Kommune durch die Gewerbesteuer erfassen. Die Kommunisten erklären sie unter Berufung auf ältere sozialistische Literatur für abwälzbar. Unbefürchtet um die eingetretene Änderung der Verhältnisse halten sie sich für Hüter der sozialistischen Tradition. Die nachträglichen Steuererhöhungen, die erst am Jahresende kamen, waren nicht mehr abzuwälzen. Können sie im voraus in die Preise hineinkalkuliert werden, dann muß dieser Gewinn erst recht durch die Steuer beschnitten werden. Bezicht auf die Gewerbesteuer wäre dann ein Geschenk von Nießenprozenten. Die Berliner Gewerbesteuerordnung schont deshalb die Kleinen und nimmt die Großen härter heran. Das gilt auch von der Lohnsummensteuer, die den großen Betrieben sehr un bequem ist. Von vorne herein drängten wir in der Etatsberatung auf schärfere Heranziehung der großen Gewerbetriebe. Die rechtsstehenden Parteien aber forderten gleichmäßige Verteilung der Defizitlast auf das Steueraufkommen und die Werksüberschüsse. Zur Staatsbalancierung die Werksüberschüsse durch Tarifierhöhungen zu steigern, mußten wir entschieden ablehnen. Vielmehr forderten wir, Minderbemittelten den Gasbezug zu verbilligen. Schließlich kam im Ausschuss das sogenannte Kompromiß zustande, das einen vollen Sieg der von uns vertretenen Gedanken bedeutet. Von dem Defizit wurde 1 Milliarde auf die Güter gelegt, 7 Milliarden sollten die Werke bringen, Grundsteuer und Hundesteuer wurden verdoppelt, der Rest mit 11,2 Milliarden blieb den Gewerbesteuern. Die Mehrbelastung des Gewerbes trifft hauptsächlich die großen und größten Betriebe. Bis zu 40 Proz. des Vorjahrertrages geht ihre Heranziehung zur Steuer. Die Bürgerlichen stimmten widerstrebend zu, und noch in der zweiten Lesung versuchten sie Vorstöße, die wir abmehrten mußten. Im wesentlichen balancierte so der Etat nach unseren Wünschen und Forderungen. Aber auch wenn er so vom Plenum angenommen wurde, war er

längst durch die Geldwertung überholt.

Wenn alle Ausgaben wuchsen, durfte da die Gewerbesteuer starr bleiben? Man hätte sie immer wieder erhöhen müssen, immer wieder hätten die Bürgerlichen einen Vorteil für den Besatz herauszubringen versucht. Darum verlangten wir die Geldwertungsklausel. Die Anregung kam vom Magistrat, die Bürgerlichen widersetzten sich, wir griffen sie in einem Antrag auf. Nierzehn Tage lang leisteten fast alle bürgerlichen Parteien erbitterten Widerstand. Ausschlaggebend waren für sie wirtschaftliche Gründe: Die Parteien der Schwerindustrie und des Großhandels wollten nicht eine solche Belastung der Beschäftigten. Mitbestimmend waren politische Gründe: Die Untermehrheit sollte nicht die Entscheidung haben. Alle anderen Gründe waren Vorwände. Der Besatz will nicht seine Steuern in vollwertigem Gelde zahlen, das ist es! (Zustimmung.) Um Steuerbetrug zu riesigstem Ausmaß handelt es sich! (Lebhafte Zustimmung.) Vorwand ist auch der Grund, daß für die Geldwertungsklausel noch die gesetzliche Grundlage fehlt. Die gesetzliche Grundlage als Bedingung soll zugegeben werden. Bleibt aber diese Regelung aus, dann muß die größte Kommune vorangehend die Regierung dazu zwingen. Die Stadt kann nicht mehr wirtschaften, wenn die Steuern nicht der Geldwertung folgen. Und die Massen draußen wollen

den Steuerbetrug nicht mehr dulden!

(Lebhafte Zustimmung.) Ein Antrag der Demokraten war nur ein platonisches Bekenntnis zum Prinzip der Geldwertungsklausel. Wir mußten ihn ablehnen. — Als der Etat vom Ausschuss zum Plenum zurückkam, hing im Entscheidungslampf alles von der Geldwertungsklausel ab. Sie wurde angenommen durch Sozialdemokraten und Kommunisten samt Zentrum und linken Demokraten. Die Unterlegenen stimmten dann gegen die Gewerbesteuer und den Umverteilungsbeschluß — und mit ihnen die Kommunisten! Alles Erreichbare hatten wir erreicht, stärkere Belastung der Minderbemittelten hatten wir verbilligt, stärkere Belastung der Beschäftigten hatten wir durchgesetzt. Wo wäre für die Kommunisten eine bessere Gelegenheit gewesen, ein Bekenntnis zur Einheitsfront abzulegen und durch die Tat zu beweisen, daß auch sie Politik im Interesse der breiten Massen treiben wollen? Aber sie stimmten gegen diese Politik! (Wut-Rufe.) Ihre Politik ist eine Politik des Arbeiterverrats, eine Politik des Irrsinn! (Stürmisches Beifall.) Dieses Verhalten muß mit allem Nachdruck gebrandmarkt werden. (Zustimmung.) Die bürgerlich-kommunistische Mehrheit hat sich im Porzellankasten ausgelobt, und der Etat lag in Scherben. Für den Etat ohne Steuern konnten auch wir nicht mehr stimmen. Abgelehnt haben wir ihn nicht in dem üblichen Sinne des Wortes. Wir mußten nur dem so unmöglichen Etat unsere Zustimmung verweigern. Die Verantwortung trifft die Bürgerlichen und die Kommunisten. — Die

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

„Ich frage nur,“ bemerkte Gude, „weil ich es als eine unumgängliche Voraussetzung für die Rekonstruktion der Dänischen Werft ansehe, daß Direktor Andreas Pauli verschwinden muß!“

„Ich muß gestehen,“ Steensens Stimme begann zu zittern, „daß ich nicht den geringsten Grund dafür sehe. Ich kann Ihnen abendrein versichern, daß der Ausschussrat volles Vertrauen zu Direktor Pauli nährt und in ihm die denkbar beste Garantie für die Zukunft der Werft sieht!“

„Das ist möglich,“ meinte Gude. „Aber meine Voraussetzung ist allerdings auch, daß der ganze Ausschussrat abgehen und von jeder Wiederwahl jetzt oder später ausgeschlossen werden muß!“

Steenfen lächelte bleich. „Ich glaube,“ sagte er, „daß die Frage von der Zusammensetzung des Ausschussrats und der Direktion voranschreitlich Sache der Bank als Hauptaktionarin sein wird.“

Gude schwieg hierzu. Direktor Steensfen sandte ihm einen Seitenblick, offenbar ein wenig unsicher, weil er keine Antwort erhielt. Er blätterte nervös in Gudes Bericht. Plötzlich sagte er: „Ich sehe, daß Sie keine kritischen Bemerkungen mit Bezug auf die russischen Lieferungen der Dänischen Werft zu machen hatten. Nun,“ fuhr er fort, „die Guthaben der Werft in Rußland sind ja recht illusorisch und wurden denn auch in der letzten Bilanz abgeschrieben. Selbstverständlich hat zur Zeit der Lieferungen niemand die chaotischen Zustände in Rußland voraussehen können. Es liegt daher kein Grund vor, irgendeinen Vorwurf gegen die Direktion der Werft zu richten, und ich billige ganz, daß Sie diese Angelegenheit nicht mit in Ihre Revision einbezogen haben.“

„Bezüglich der russischen Lieferungen,“ sagte Gude, „ist meine Untersuchung noch nicht beendet. Das Material der Werft ist in diesem Punkte mindestens ebenso chaotisch wie die Zustände in Rußland. Ich behalte mir meine Kritik hierüber für einen späteren Zeitpunkt vor.“

„Ja,“ unterbrach Steensfen ihn, „Sie sollen sich aber nicht durch die Rücksicht auf die Bank leiten lassen. Der Verlust ist

min einmal erlitten und abgeschrieben. Sie können diesen Punkt also ohne Sorge ruhen lassen.“

„Nichts beleuchtet die unerantwortliche Handlungsweise der Direktion besser,“ sagte Gude, „als eben die russischen Kontrakte.“

Direktor Steensfen richtete sich auf. „Für die Bank ist, wie gesagt, diese ganze Frage ohne die geringste Bedeutung.“

„— und für das Verbleiben der Direktion?“ fragte Gude.

„Ich muß wiederholen, Herr Gude, daß die Direktionsfrage eine Angelegenheit der Bank ist.“

„Mein Auftrag ist mir vom Ministerium erteilt worden,“ protestierte Gude.

„Ja, nach Uebereinkunft mit der Bank. Wir waren es, die wünschten, daß ein Vertrauensmann vom Staate ernannt würde.“

„— Aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung! Ich verstehe!“

„Eben, Herr Gude. Wir hätten sehr gut selbst einen Mann unter unseren Leuten für die Aufgabe finden können, die jetzt noch Wahl des Ministeriums Ihnen übertragen ist. Aber selbstverständlich wünschten wir in den Augen der Öffentlichkeit unparteiisch dazustehen.“

„Auf jeden Fall,“ erklärte Gude, „werden mein Bericht und meine Kritik der Werftdirektion dem Ministerium zugehen.“

Steenfen lächelte überlegen. „Zur Kenntnisnahme, ja. Die Entscheidung liegt selbstverständlich in Händen der Bank.“

„Richtig!“ sagte Gude. „Sofern die Bank die öffentliche Meinung entbehren kann.“

„Sie meinen vielleicht, Herr Gude, daß Sie als Repräsentant — der öffentlichen Meinung auftreten.“

„Das ist wohl der Sinn jedes sachverständigen Urteils, Herr Direktor: eine Garantie der Deffenlichkeit gegenüber zu sein. Es handelt sich hier um eine Sache, die für das ganze Land, für Dänemarks Schifffahrt und Handel von enormer Bedeutung ist. Die Rekonstruktion der Dänischen Werft ist ausschlaggebend für den ganzen neuen Kurs, dem man jetzt nach dem Kriege zu folgen hat. Es muß vorbei sein mit der wilden Korruption aus der Zeit der Hochkonjunktur. Die Grundlage muß solide, alle Perven müssen klar, die Bewegung gesund, die Führer einwandfrei sein! Das ist jetzt die einzige Rettung für dänischen Unternehmungsgeist! Es ist kein Weg mehr für Jodberer und Hasardisten, für Industrieritter und

Papiermatadore. Wir haben die Haufe hinter uns, Werte sind selten und teuer. Man legt sie nicht gern in die Hände eines dilettantischen Atroppe — selbst wenn sie so aufgebläht ist — wie Andreas Pauli!“

Steenfen sah auf seine Papiere nieder. „Bezüglich Andreas Paulis bin ich nicht einig mit Ihnen. In keiner Weise! Ich sehe Ihr Urteil für ganz unbegründet an.“

„Ich hoffe, es begründen zu können!“ Gude erhob sich. „Sowohl der Bank wie Ihnen und der Deffenlichkeit gegenüber. Und das sowohl, was seine Kapazität als Leiter der Dänischen Werft — wie seinen ganzen moralischen Standard angeht!“

„Moralischen Standard?“ Direktor Steensfen wandte den Kopf mit einem Ruck. Die Ader an seinen Schläfen wurde blau. „Was haben Sie, was haben Sie, Herr Gude, gegen Direktor Paulis moralischen Wandel einzuwenden?“ Steensfens Jügel erstarren in Unwillen und Aergernis. Sein englisch-kerikales Gesicht erhielt Majestät und Steifheit, er glück einem verkniffenen und dünnlippigen Presbyterianer, der in seinem engen Kragen vor gekränkter Solemnität zitterte.

„Ich weiß nicht, worauf Sie hinielen,“ fuhr er in steigendem Jörn fort. „Direktor Pauli ist zwar von seiner Gattin geschieden, aber rechtmäßig nach dem Gesetz, und ich würde nicht, was sonst in seinem Privatleben Anlaß zu Aergernis und Kritik geben könnte.“

Gude sah überbracht auf. Plötzlich verstand er, daß in Direktor Steensfens Augen Moral immer geschlechtliche Moral bedeutete. Gude fiel ein, daß Steensfen Vigilant, fanatischer Vorkämpfer weitgehender Sittlichkeitsforderungen war, mit einem Programm, das von den englischen Jugendvereinen geholt war, deren Flugblätter er eigenhändig unter dem jüngeren Personal der Bank, Herren wie Damen, verteilte.

Und es wurde Gude auf einmal klar, daß hier, wie fast überall im Handelsleben, Moral ausschließlich ein in geschlechtlichen Dingen reines Leben bedeutete. So gut wie keinem der Bank- und Handelsherren, die er traf, fiel es ein, das Wort in Verbindung mit Geschäften zu gebrauchen. Im Handel war die Rede nur von Klugheit und Tüchtigkeit sowie Glück. Eine andere Art Einschätzung war undenkbar. Direktor Steensfen war also in vollkommenem gutem Glauben, wenn er Gudes Beziehung gegen Direktor Pauli in einem anderen Sinne verstand, als sie gemeint war. —

(Fortsetzung folgt.)

Folge der Staatsablenkung braucht nicht Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu sein. Neuwahlen hätten übrigens in dieser Situation wir am wenigsten zu fürchten. Es kann aber ein Staatskommissar eingesetzt werden.

Soll der in seiner Mehrheit sozialistische Magistrat unter Zwangsverwaltung arbeiten? Noch schlimmer ist, daß bei Staatsablenkung die rechtliche Grundlage für die neuen Steuern und Ausgaben fehlt. Alle Kostensarbeiten, alle nicht auf gesetzlicher Verpflichtung ruhenden sozialen Einrichtungen sind gefährdet. Die Einstellung der Kostensarbeiten müßte unabsehbare Folgen bringen. Keine Partei, am allerwenigsten eine Arbeiterpartei, könnte das verantworten.

die Ausschussbeschlüsse wieder aufgenommen werden.

Die im Zusammenhang mit der Staatsberatung gefassten Beschlüsse über Magistratsvorlagen behalten Geltung. Was soll nun aus der Geldentwertungsklausel werden? Wir haben einen anderen Beschluß vereinbart. Er sieht auch vor, was geschehen soll, wenn die gesetzliche Regelung nicht rechtzeitig erfolgt. Dann soll der Magistrat mit dem Haushaltsausschuß die Festsetzungen treffen und die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einholen.

Das ist, schloß Genosse Lehmann, eine Politik auf weite Sicht. Sie sich für lange Zeit auf die Massen auswirken muß. Um so erstaunlicher ist die Eile der Partei für „reparaturbedürftig“ halten. Sündenbock soll ich sein, weil ich in der Stadtverordnetenversammlung erklärt habe, daß wir an der Geldentwertungsklausel festhalten. Daß dies kein Fehler war, zeigt sich jetzt.

ein Niederlage sieht, denn ist nicht zu helfen. Hier konnte es nur ein Entwege-Oder geben, aber kein Feilschen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Etat ist ohne die Geldentwertungsklausel unmöglich. Ohne sie müssen wir ihn ablehnen. Die Verantwortung müssen wir dann den Schuldhigen überlassen. Es handelt sich um eine Lebensnotwendigkeit der Stadt und des schaffenden Volkes in ihr. Wir dürfen nicht mehr zurück, wir können nicht mehr zurück — und wollen nicht mehr zurück!

Gang durch die Felder.

Wer einen Bekannten unter den Laubenkolonisten hat, der mit ihm durch die Felder wandert, wird mit einer gewissen Wehmut wahrnehmen, welche Verheerungen das kalte und ewig nasse Wetter angerichtet hat. Anfang und Anläge im Frühjahr waren gute und erfreuliche. Das Beerenobst hat außerordentlich viel angefaßt. Selten haben in einem Jahr die Johannis- und Stachelbeersträucher einen so vollen Bestand gehabt.

Witze und Blaubeeren sind in reichlicher Menge gewachsen, aber die gereiften Früchte sind so unwahrscheinlich klein, daß es aussieht, als ob sie zu einer ganz besonderen und merkwürdigen Zwergart gehörten. Schlimm steht es auch mit dem Getreide. Die Halme sind infolge der andauernden nassen Bitterung ganz gewaltig ins Kraut geschossen, aber die Hoffnung auf die Halme, auf Früchte und Ähren, ist überaus winzig.

Dazu kommt eine andere Plage, die man früher für eine Folgeerscheinung großer Hitze und andauernder Trockenheit hielt: die Raupen- und Käufplage. Auch in diesem heißen Sommer unseres Mißvergnügens hat sich das Ungeziefer vermehrt, daß man seiner kaum noch Herr werden kann. Manche Pflanzen, wie zum Beispiel die Stängel der sogenannten Saubohnen, die man, wie das ja auch während des Krieges geschah, als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln ansprechen könnte, sind derartig mit Käusen besetzt, daß das Grün des Stengels von den schwarzen, diekräftigen Scharen vollständig verdeckt ist.

Indessen die Leute haben gewiß recht und sprechen aus Erfahrung, die da meinen: „Ach Gott, ob die Ernte gut oder schlecht ist, die lieben Landwirte gleichen uns doch das Hell über die Dören.“

Erwerbslose für Handreparaturen.

Die produktive Erwerbslosensorge soll jetzt auch den Vermietern und Mietern dienlich gemacht werden. Hierfür sind der Stadt Berlin 500 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Es sollen Zuschüsse für große und laufende Instandsetzungen, auch für Schönheitsreparaturen, gewährt werden, wenn die Gesamtheit der Arbeiten mindestens 30 Tagewerte mit 240 Stunden ausmacht. Für jeden Tag der Beschäftigung eines Erwerbslosen wird ein Zuschuß in Höhe des Zweieinhalbfachen des jeweiligen Unterhaltungslohnes bewilligt.

weil gegriffen ist. Wenn andererseits, wie es gewünscht wird, kleinere Arbeiten für mehrere Häuser zusammengelegt werden dürfen, um in der Gesamtheit 30 Tagewerte zu erreichen, wird die Zahl der Anträge erheblich wachsen und das Angebots des starken Verkaufes der Häuser verhältnismäßig geringe Kapital von 500 Millionen bald aufgezehrt sein.

Mißstände in der Kohlenversorgung.

Die Kohlenhändler gegen Aufhebung der Kundenliste.

Der Verband der Vereine selbständiger Holz- und Kohlenhändler aus Berlin und Umgegend beschloß sich in seiner gestrigen Generalversammlung im Lehrerseminarhaus in den Mißständen, die durch die Aufhebung der Kohlen- und Kundenliste und durch die Freigabe mehrerer Nummern der Kohlenkarte auf dem Kohlenmarkt entstanden sind. Der Vorsitzende des Verbandes, G. Me, bezeichnete die Aufhebung der Kundenliste bei dem augenblicklichen Kohlenmangel als das verkehrteste Mittel. Ebenso sei die gleichzeitige Freigabe mehrerer Nummern der Kohlenkarte eine völlig verkehrte Maßnahme.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird festgestellt, daß durch die Aufhebung der Kundenliste für Brickettsbezug und durch die vorzeitige Freigabe der Abschnitte 1 bis 5 der Kohlenkarte zur Befreiung der doppelten Menge in Berlin eine Kohlennot künstlich erzeugt (?) und eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der in Berlin eintreffenden Bricketts unmöglich gemacht worden sei.

Der Polizeipräsident hat eine neue Polizeierordnung über das Baden im Freien (außerhalb der Badaanstalten) erlassen, nach der das Baden in folgenden Wasserstellen verboten ist: In der Spree von der Linie Stralauer Spitze (Schwanenberg) Krahbruch-Insel-Plänterwald in Treptow bis zum Stellvertorbäude der Eisenbahn etwa 500 Meter unterhalb der Charlottenburger Säule, ferner in der Bicheldorfer Havel zwischen Kilometerstein 165,9 und Kilometerstein 167,5 des Gemüdes.

Verbotene Badesstätten.

Infolgedessen sind in dieser Zeit auch nie eine Verklammerung verboten worden. Auf Befragen durch Rechtsanwalt Dr. Weinberg geben verschiedene Zeugen zu, daß im Jahre 1920 im städtischen Hof unter dem Obdachlosen Propaganda für den Bund national-gestimmter Soldaten gemacht worden sei und daß dort ein Hauptmann Weber in Anverordnungen zu Transporten nach Mecklenburg und Thüringen gemacht habe, wo die Leute Arbeit erhalten sollten.

Die Zirkus-Krawalle vor Gericht.

Zur gestrigen Sitzung war Minister Genosse Severing geladen. Oberregierungsrat Dr. Weich teilte mit, daß der Minister dienstlich nicht abkömmlich sei, aber auch zu der Sache nichts zu sagen vermöge. Landgerichtsdirektor Vogt legte dem Gericht nahe, unter diesen Umständen auf die Ladung des Ministers zu verzichten, wozu sich die Verteidigung nach einer längeren Rücksprache mit den Hauptangeklagten auch entschloß.

In der Vernehmung des Oberregierungsrats Weich erklärte dieser unter anderem, daß er mit Bestimmtheit wisse, daß keinerlei tatsächliche Ausschüsse in jener Zeit vorlagen. Es war kurz nach dem Raubmord und da haben sich aus politischen Klugheitsgründen die Rechtskreise außerordentlich zurückhaltend benommen. In der damaligen Zeit ist auch nie eine Verklammerung verboten worden. Auf Befragen durch Rechtsanwalt Dr. Weinberg geben verschiedene Zeugen zu, daß im Jahre 1920 im städtischen Hof unter dem Obdachlosen Propaganda für den Bund national-gestimmter Soldaten gemacht worden sei und daß dort ein Hauptmann Weber in Anverordnungen zu Transporten nach Mecklenburg und Thüringen gemacht habe, wo die Leute Arbeit erhalten sollten.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft schloppend. Fisch etwas reichlicher, Geschäft roge. Obst und Gemüse reichlicher, Geschäft flott. Am Donnerstag galten in der Zentrallmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 23.000—23.000 M., ohne Knochen 21.500—25.000 M. Schweinefleisch 23.500—26.000 M. Kalbfleisch 19.500—23.000 M. Hammelfleisch 20.000—25.000 M. Rindertalg 24.000—25.000 M. Rückenfest 25.500 M. Linsen 26.000—27.500 M. Schellfisch 9.500—12.000 M. Kabeljau 11.500—13.500 M. Seelachs 11.000 M. In Eis: Schiele 18.000—20.500 M. Hechte 15.000—17.000 M. Aale 25.000—31.000 M. Hele 10.500—12.000 M. Lebende Aale 27.000—30.000 M. Schiele 27.000 bis 30.000 M. Naturbutter 25.000—28.000 M. Margarine 20.000 bis 25.000 M. Schweineschmalz 24.000—29.000 M. Kahrabi 6.500 bis 7.500 M. die Mandel. Grüne Gurken 5.000—10.000 M. das Stück. Blumenkohl 8.000—12.000 M. der Kopf. Mohrrüben 2.500 M. Kirschen 3.000 4.500 M.

Gewalttätigkeiten dabei gekommen sei. Die Zeugin Frau Peters hatte eine Kunze-Versammlung besucht, in der aufgefordert wurde, die Kundgebung am Sonntag zu besuchen. Sie sei mit noch zwei Frauen hingegangen und sie seien auch ohne Ausweis hineingekommen. Es wurde gerade eine feste Kunze, „Ist unser Gott“ geungen. Als dann der erste Redner sprach, ergriffen junge Leute auf der Rednertribüne, schwenkten eine schwarzweisse Fahne mit der Aufschrift: „Mit Gott für Kaiser und Reich.“ Das wurde mit jähem Beifall aufgenommen und die Kapelle brachte einen Marsch aus und spielte „Deutschland, Deutschland über alles“. Nach jedem Redner wurde die Fahne hin- und hergeschwenkt. Es wurde dann auch gerufen: „Hoch lebe Hindenburg, nieder mit dem ehemaligen Restaurateur Ebert.“ Vorj: Wurde auch irgend etwas gesagt von Russen und Gewaltmaßnahmen? Zeugin: Nein, es wurde nur auf die Grünen geschimpft. Justizrat Dr. A. Fränkl: Haben Sie nicht auch den Ruf gehört: „Hoch lebe Teichom!“ Zeugin: Das wurde wiederholt gerufen. In derselben Weise äußern sich auch die Zeuginnen Mietke und Gaste. Abgeordneter Eisler ist der Meinung, daß die drei Zeuginnen nicht in der Versammlung gewesen sein könnten, mindestens aber die Vorgänge falsch dargestellt haben. Vorj: Diese Aussagen stehen in einem krassen Widerspruch mit Ihren Aussagen. Der Zeuge erklärte, daß er aus der Deutschen Volkspartei nicht wegen Differenzen über seine Zugehörigkeit zum Bunde ausgetreten sei. Sein Austritt sei freiwillig erfolgt. Auf Antrag des Staatsanwalts wird dann eine Frau Schäfer vernommen, die sich aus dem Zuhörerzimmer gemeldet hatte. Sie ist Mitglied der deutschsozialen Kunze-Partei und erklärt, daß alles, was die drei Zeuginnen angegeben haben, nicht stimmt. Die Hochrufe auf Teichom und die Rufe „Nieder Ebert“ habe sie nicht gehört. Auf Befragen der Verteidigung gibt die Zeugin zu, daß sie auch kommunistische Versammlungen besucht habe und der Polizei Bericht erstattet habe. Das Gericht beschloß, die sämtlichen Zeugen zu verurteilen, nur den Abgeordneten Pled wegen Verdachts der Teilnahme unbedeutend zu lassen. Nach einer kurzen Pause wurden noch einige Zeugen vernommen und dann die weitere Verhandlung vertagt.

Der Flughafen auf dem Tempelhofer Feld.

Auf dem für den großen Berliner Zentrallflughafen bestimmten Gelände des Tempelhofer Feldes wird augenblicklich an der Fertigstellung der notwendigen Anlagen angestrengt gearbeitet. Neben der Errichtung der Baulichkeiten ist man damit beschäftigt, alle Unebenheiten des Geländes zu beseitigen, um das Starten und Landen des Flugzeuges so gefahrlos wie möglich zu gestalten. Es hat sich als notwendig herausgestellt, den vorgesehenen Gebäudekomplex noch um einige Anlagen zu vergrößern. Außer den eigentlichen Flugzeugschuppen und dem Verwaltungsgebäude wird für die Junkerwerke noch eine weitere Halle mit Baulichkeiten für Werkstätten und Reparaturanlagen erbaut, damit künftig das Tempelhofer Feld außer dem Flughafen in Dessau die einzige Berliner Basis der Junkerwerke bilden kann und die nutzlosen Leerflächen von dem augenblicklichen Flughafen in Johannisthal zum Tempelhofer Feld vermieiden werden können. Wenn nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten sollten, kann für Anfang August mit der Eröffnung des Flughafens Tempelhofer Feld gerechnet werden.

Die schwarzgoldenen Jähnen beim Hauptverorgungsamt Berlin, über die wir in Nr. 203 berichteten, mühen — wie man uns mitteilt — deshalb eingesogen werden, weil auf dem in Gartenland umgewandelten ehemaligen Kaiserhof während der Dienststunden überhaupt keine Fahnen wehen darf. Das beruht auf einer im Betrieb des Hauptverorgungsamts getroffenen Vereinbarung, die den Befehl des Veritals wie der Verwaltung gebunden haben soll, und die Bestimmung gilt, verachtet man uns, für Fahnen aller Farben. Welcher Beständige kann sich geföhrt oder gekränkt fühlen, wenn auf Gelände des Hauptverorgungsamts, während in den Bureauo fleißig gearbeitet wird, draußen über dem Gemüsesboden ein paar Fahnen flattern?

Aus Furcht vor Gespenstern. Der 9jährige Max L. befand sich gestern allein in der obersten Wohnung im Hause Hohenstaufenstr. 9. Ein Geräusch verlegte ihn derart in Angst und Schrecken, daß er aus einem Fenster der im vierten Stockwerk belegenen Wohnung auf das Dach zu klettern versuchte, bis er hilflos an einem Fenstergelände hängen blieb. Da er weder vorwärts noch rückwärts konnte, mußte die Feuerwehr alarmiert werden, die den Jungen aus seiner lebensgefährlichen Lage befreite.

Die Familienhilfe U. G. Zu der kürzlich veröffentlichten Meldung erlucht uns Herr Weber-Rubine um Wiedergabe der folgenden Erklärung: „Die Familienhilfe U. G. wurde auf Grund eines von mir vorgelegten Arbeitsplanes ins Leben gerufen. Ich gehöre, wie die Berichtsalten beweisen, nicht zu den Gründungsmitgliedern. In der Direktion hatte ich lediglich den technischen Teil, trat aber zum Schutze des Unternehmens gegen weitere Wählerarbeit und ohne Rücksicht auf eigene Egoisteninteressen am 20. Juni d. J. zurück. Die erwählten Delikte sind noch keineswegs bündig, vielmehr wird gerade gegenwärtig ordnendes Entlastungsmaterial bearbeitet, an welchem nach Gutachten juristischer und sonstiger Sachverständiger die Angriffe auf meine Ehrenhaftigkeit gerichteten werden. Das betreffende Material wurde an Gerichtsstelle bis jetzt noch nicht zur Geltung gebracht.“

Der Reichverband der Kleinrentner beabsichtigt mit den in Berlin wohnenden Kassenrentnern aus allen besetzten Gebieten im Westen eines Besprechung ihrer Lage in Verbindung zu treten und läßt zu einer spaniolischen Zusammenkunft am Dienstag, den 10. Juli, 8 Uhr abends, im Schwarzen Saale des „Abingold“ (W 9, Bellevuestr. 10, am Potsdamer Platz, Eingang Potsdamer Straße) ein Personalankündliche sowie Ausweisungspapiere sind mitzubringen.

Eisenbahnunglück in England. Zwischen Leeds und Manchester stieß ein Schnellzug in voller Fahrt bei dem Pennine-Tunnel auf einen hollenden Waghine. Beide Maschinen wurden zerstört und zwei Wagnen schwer beschädigt. Vier Fahrgäste und zwei Eisenbahner wurden getötet und sieben Personen schwer verletzt.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, den 5. Juli.

- 1. Rennen. 1. Hans II (M. Schmidt), 2. Balfire (Franke), 3. Ramalan (Doerner). Toto: 22 : 10. Platz: 16, 27 : 10. Ferner liefen: Abenteuer II, Klarli, Sigmaria.
2. Rennen. 1. Alas (Diebst), 2. Kulis (D. Schmidt), 3. Laufeda (Rappert). Toto: 62 : 10. Platz: 14, 12, 13 : 10. Ferner liefen: Eiferne, Taitraft, Mühlentauke, Erblage, Bergengabe, Rheinlöcher.
3. Rennen. 1. Constance (Huntemin), 2. Gelbui (Hallenberger), 3. Magelone (Frenzag). Toto: 240 : 10. Platz: 41, 20, 21 : 10. Ferner liefen: Capis Electric, Hundobdt, Mühlbling, Guter, Schwarze Kutte, Rindang.
4. Rennen. 1. Alenken (Dreißig), 2. Juchis (Gabor), 3. Waldung (C. Schmidt). Toto: 126 : 10. Platz: 23, 22, 27 : 10. Ferner liefen: Wage, Sangumiller, Granate, Perzoli, Tojima, Sanft Thomas, Hohe Boote, Alce, Romelle.
5. Rennen. 1. Ganeion (D. Schmidt), 2. Stoffelak (Diebst), 3. Gierfuchen (D. Schmidt). Toto: 10 : 10. Platz: 12, 17 : 10. Ferner liefen: Hausfreund, Ventulus.
6. Rennen. 1. Japs (Hallenberger), 2. Catania (M. Dreißig), 3. Sandrichter (Grabsch). Toto: 42 : 10. Platz: 18, 19, 40 : 10. Ferner liefen: Schönheit, Polmiraute, Rinestra, Angelus, Windgänger, Kalle, Klepsal, Killa.
7. Rennen. 1. Pöberly (Kellmann), 2. Rib (Frenzag), 3. Calliopeja (Grabsch). Toto: 50 : 10. Platz: 19, 20, 19 : 10. Ferner liefen: Noppege, Parde, Compentien, Larma, Herblikum.

Weiter bis Sonnabend mittag. Fortdauernd warm, trocken und meist heiter, bei schwachen östlichen Winden. Auch für die nächsten Tage ist keine wesentliche Änderung zu erwarten.

Die bayerische Verordnung.

Regierung und Bürgerliche schweigen im Reichstag.

Die Reichstags-Sitzung am gestrigen Donnerstag begann damit, daß Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) die Zulässigkeit der vorgenommenen namentlichen Abstimmung über den Antrag auf Ausschluß-Überweisung des sozialdemokratischen Bayern-Antrages bezweifelte. Präsident Cöbe schloß sich diesem Zweifel an; auf seinen Vorschlag wird die Frage dem Ausschussrat und dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen. Debatte wird angenommen der Gegenentwurf über Wiedereinstellung und Kündigung im besetzten Gebiet und eine zehnte Ergänzung des Besetzungsgesetzes. Dann kommt zur Beratung der Antrag Müller-Franken (Soz.): „Der Reichstag verlangt, daß die vom Gesamtministerium des Freistaates Bayern erlassene Verordnung vom 11. Mai außer Kraft gesetzt werde.“ Den Antrag begründet

Abg. Unterleitner (Soz.):

Niemand wünscht mehr als wir Sozialdemokraten, daß sich der Reichstag nicht so oft mit Bayern auseinandersetzen müßte. Daß dem nicht so ist, ist die Schuld der Zustände in Bayern. Eine Reichsregierung wird außenpolitische Erfolge nur in dem Maße erreichen können, wie ihre Autorität im Innern des Landes befestigt ist. (Sehr richtig!) Duldet aber eine Regierung Verschwörer, Rordorganisationen, bewaffnete Bänder zum Schutze der Regierung, so kann von Autorität innerhalb und außerhalb des Landes keine Rede sein. Aus außenpolitischen Gründen stellt sich die Tätigkeit dieser Kreise Bayerns als vollendetes Verbrechen des Landesverrats dar, aber in Bayern werden nicht diese Landesverräter unschädlich gemacht, sondern mit Hilfe der sogenannten Notverordnung diejenigen unterdrückt und verfolgt, die die Verbrechen an das Licht des Tages bringen und verhindern wollen. Bis auf den heutigen Tag ist in Bayern gegen die Organisationen, die im ganzen übrigen Reich verboten sind, nichts unternommen worden. Vielmehr hat seit dem 11. Mai, dem Tage des Erlasses der Notverordnung, die

Verfolgung der Republikaner in Bayern den Gipfel rücksichtslosster Brutalität erreicht.

Sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen bis auf eine sind unter der Notverordnung verboten gewesen oder noch verboten, und nur deshalb, weil sie ihre staatsbürgerliche, republikanische, vaterländische Pflicht erfüllten und Nachrichten brachten über den Stand oder Bestand der mit französischem Geld arbeitenden Geheimorganisationen. (Leb. Hört, hört! b. d. Soz.) Aber nicht nur unsere Presse wird geknebelt. Auch in die öffentlichen Kundgebungen der Sozialdemokraten und der frei organisierten Arbeiterchaft, ja sogar in gesellschaftliche Veranstaltungen und in Akte der Pietät wird mit rauer Polizeihand, schlimmer als unter dem Sozialistengesetz, hineingefahren. Auf der anderen Seite marschieren der Todfeind der Republik und der Einheit des Reiches in Bayern offen zur Gegenrevolution auf. Durch diese bayerische Gegenrevolution wird auch der heldenmütige Abwehrkampf in der Pfalz, an der Ruhr und im ganzen besetzten Gebiet gefährdet. Es trägt nicht zur Förderung des schweren Kampfes, sondern zur Zermürbung bei, wenn eine Regierung die gleichen Methoden gegen eigene Volksgenossen anwendet wie die Besatzungsbehörden. Unser Antrag entspricht einem vergewaltigten Rechtsgefühl; denn auch in Bayern hat es den Anschein, daß die Gerechtigkeit gestochen ist. Unser Antrag entspringt auch der ersten Sorge um die Einheit des Reiches und die Erhaltung der Republik. Denn äußere und innere Feinde haben sich besonders Bayern zu ihrem Wirkungsfeld erwählt. Was die bayerische Regierung in ihrem Auftrage zur Notverordnung als Grund für ihre Verordnung angibt, trifft lediglich für die Rechtsradikalen in Bayern zu. Gegen die Feinde der Republik und der Staatsordnung vorzugehen, dafür hätte das Republikanengesetz genügt. Aber man kann ja von der bayerischen Regierung nicht verlangen, daß sie sich für den Schutz der Republik einsetzt! Die Notverordnung ist nichts anderes als ein Mittel zur Anebelung der freihändler-republikanisch denkenden Arbeiterschaft und

eine Provokation des Reiches.

Von vornherein hätte man die Empfindung, daß diese Verordnung

in der Hauptsache gegen die republikanische Bevölkerung angewendet würde, und diese Befürchtungen rechtfertigen sich immer mehr.

Mit dieser Verordnung hat die bayerische Regierung, das ist meine Uebersetzung, einem rechtsradikalen Befehl Folge geleistet; sie wird auch im Sinne der bayerischen Geheimorganisationen angewendet. „Vaterländische Kundgebungen“ sind ohne weiteres erlaubt; auch die Verordnung zum Schutze der Arbeitswilligen, Felddienst- und Gefüßübungen sind zwar verboten; in der Praxis werden sie zu den vaterländischen Kundgebungen gerechnet. Auf Grund der Notverordnung verlangen die Rechtsradikalen, daß diejenigen ins Zuchthaus kommen, die sich gegen die Sabotageakte im besetzten Gebiet wenden. Das Schlimmste aber ist, daß Verurteilungen gegen die Notverordnung vor den Volksgerichten abgeurteilt werden und daß der Vollzug der Verordnung Polizeiorganen übertragen ist, deren Korruption ein offenes Geheimnis ist. Die Polizei von München und Nürnberg hat in den breitesten Kreisen des Volkes jedes Vertrauen verloren, weil

Nationalsozialisten, Polizei, Reichswehr und Verwaltungsbureaufakle vielerorts für die Bevölkerung gleichbedeutende Begriffe

sind. Seit dem Erlass der Notverordnung hat sich die Hege gegen die Republik und die Reichsregierung nur gesteigert. Unparteilichkeit kennt man in Bayern nicht. Bezeichnend dafür, wie die Polizei in Bayern haust, ist, daß die Nürnberger Polizei bei ihrem Vorgehen gegen die Feuchter Arbeiterschaft nicht ihrem Vorgesetzten, sondern dem Befehlen eines Mitgliedes der „Reichsflagge“ folgte. Bei Veranstaltungen der Hitler-Garde greift die Polizei nicht ein, auch nicht, wenn, wie in Passau, die Hitler-Banden Ein- und Ausgang des Bahnhofs bewaffnet besetzten, auch nicht, wenn man Leuten auf der Straße die republikanischen Abzeichen herunterreißt. Die Rohheit und Frechheit der Hakenkreuzler ergibt sich auch aus der Art und Weise, wie diese den Kommerzienrat Frankele in München verprügelt haben, ohne daß die Polizei eingegriffen hätte. Der „Böllische Beobachter“ durfte diese Tat noch verherrlichen. Weil ein fränkischer Bürgermeister den früheren Kronprinzen nicht mit „königlicher Hoheit“ begrüßt, wurde er von den Hakenkreuzlern in der unglücklichsten Weise bedroht und beschimpft. Als Lehrlinge in München auf dem Fabriplatz ihre Lehrlingsangelegenheiten besprachen, stürmten Kriminalpolizisten auf sie ein und nahmen den Leiter gefangen; dabei haben diese Jungen nur besprochen, was ihnen aus Grund des Betriebsratsgesetzes zustand. Die Denkmalsentwählung für Dollmar in München konnten wir nicht vornehmen, weil uns die Polizei zu entwürdigenden Bedingungen stellte. Had in Hand mit diesem Vorgehen geht eine regelrechte

Mundtotmachung der sozialdemokratischen Zeitungen.

Selbst ein Mittelungsblatt der Partei und der Gewerkschaften herauszugeben wird uns verboten. Und weshalb die Verbote? Nur weil die Gefahren aufgezeigt wurden, die in Bayern der Republik drohen. Unser Wilschaffener Parteiblat wurde auf 14 Tage verboten, weil es einen Artikel „Reichswehrblock Kobach“ über rechtsradikale Umtriebe in Magdeburg zum Abdruck brachte. Auch eine Verurteilung gegen diese Presseverletzung wurde vom Staatskommissar kurzerhand verboten. Zum Schluß stelle ich fest, daß in Bayern in Wort und Schrift keine Meinung nur äußern darf, was zu den Nationalsozialisten gehört. Die Notverordnung wird mit aller Rigorosität gegen links gehandhabt, aller Rechtsicht erweist sich die Rechtsprelle, obwohl dort offen zum Bürgerkrieg aufgehetzt wird. Ich kann den Reichstag nur bitten, die Gefahr, die von Bayern droht, nicht zu unterschätzen und unserem Antrage stattzugeben, damit es auch in Bayern möglich ist, die Republik zu verteidigen und zu sichern. (Leb. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kemmele (Komm.) sagt u. a., es gebe nicht nur im Westen ein besetztes Gebiet, sondern auch im Süden, nämlich das von den Faschisten besetzte Bayern. Die deutsche Reichsverfassung gelte nur bis zur bayerischen Grenze.

Sonst spricht niemand. — Der Antrag geht an den Rechtsausschuss.

Freitag, 2 Uhr: Kleinere Vorlagen; Aufwertung der Verbrauchssteuern. — Schluß nach 4 Uhr.

schaffen, keine Maßnahmen zur Durchführung dieses Antrages zu ergreifen, jedoch der Völkervereinbarung die Bemerkungen der gemischten temporären Kommission zu dieser Frage zu übermitteln. Ferner beschloß der Rat, die Regierungen erneut zu ersuchen, den ihnen am 1. März d. J. zugestellten Fragebogen über die Rüstungen zu Friedenszeiten baldmöglichst dem Sekretariat ausgefüllt zurückzusenden.

Wirtschaft

Goldfonten.

Wieder greifen wir aus der Fülle der Prospekte über Kapitalerhöhungen wahllos einige heraus.

Die Westfälische Kupfer- und Messingwerke A. G. umfaßt folgenden Besitz:

Die Anlagen der Gesellschaft befinden sich in Lüdenscheid, Helle bei Wrognenrathede und Barmen-Rittershausen; sie bestehen aus: Kupferhütte, Gießereien, Drahtziehereien sowie Press- und Walzwerken. Die Werke arbeiten mit Wasser-, Dampf- und elektrischer Kraft von zusammen etwa 3600 Pferdekraften. Dem Betriebe dienen: 100 Gießhöfen, 30 Paar große Blechwalzen, 42 kleine Walzgerüste für Draht und Streifen und außer hydraulischer Presse, Ziehbanken und einer großen Anzahl sonstiger Arbeits- und Hilfsmaschinen 50 Grobzüge, 36 Mittel- und Feinzüge sowie über 50 Ziehmaschinen. — Die Gesellschaft verfügt über einen Grundbesitz in Größe von 413 200 Quadratmetern, wovon 19 300 Quadratmeter mit Betriebsanlagen bebaut sind, und zwar entfallen auf Werk Lüdenscheid rund 319 000 Quadratmeter, davon bebaut 9900 Quadratmeter, auf Werk Helle 89 500 Quadratmeter, davon bebaut 7500 Quadratmeter, und auf Werk Barmen-Rittershausen 4700 Quadratmeter, davon bebaut 1800 Quadratmeter. Ferner sind noch bei den verschiedenen Werken 3500 Quadratmeter mit Wohnhäusern bebaut. — Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten beträgt zurzeit 450.

Die aufgeführten Objekte stehen sämtlich mit je einer Mark zu Buche.

Das Portland-Zementwerk Schwanebeck A. G., Kreis Ebersleben, sieht wie folgt aus:

Das Werk befindet sich auf eigenen, in Schwanebeck gelegenen Grundstücken.

Die Gesellschaft besitzt zurzeit ein Areal von insgesamt 37 Hektar 35 Ar 50 Quadratmetern; davon sind 2 Hektar 80 Ar 64 Quadratmeter bebaut Fläche. Vorhanden sind vier Beamtenwohnhäuser mit fünf Wohnungen, ein Arbeiterhaus mit zwei Wohnungen, ein Verwaltungsgebäude mit Portierwohnung.

Von den etwa 38 Hektar Areal sind etwa 18 Hektar Kalkstein- und Mergellager mit einer Mächtigkeit von 50 Metern. Das Material lagert schichtenweise übereinander, so daß der Abbau ohne große Schwierigkeit erfolgen kann. Der Abbau wird vorläufig nur bis auf 15 Meter Tiefe vorgenommen.

Im Jahre 1912/13 wurde eine Drehofenanlage von der Firma G. Polstus, Dessau, gebaut, hierzu kommt eine „Lütsch-Ofenanlage“ (Schachtofen mit Drehrost und automatischer Beschickung sowie Entleerung), die im Jahre 1921 fertiggestellt wurde. Mit der Gesamtanlage können jährlich 500 000 Fuh Zement hergestellt werden.

Außerdem wird Zementkalk fabriziert, wovon jährlich 1500 Waggons hergestellt werden können.

Das Werk ist mit dem Staatsbahnhof durch eine 2 1/2 Kilometer lange eigene Anschlussbahn verbunden. Der Betrieb wird mit eigenen Maschinen und Bahnwagen durchgeführt. Hierzu dienen 1 Lokomotiven mit 120 Pferdestärken, 2 Lokomotiven mit 80 Pferdestärken, 6 Güterwagen mit 8 Tonnen und 22 Güterwagen mit 10 Tonnen Tragfähigkeit.

Die Gesellschaft beschäftigt zurzeit etwa 250 Beamte und Arbeiter.

Auch dieser Besitz steht nahezu reiflos mit einer Mark zu Buche. Während die harmlosen Arbeiter sich über die niedrige Papiermarkdienende traurige Geschichten erzählen lassen, wandeln sich immer mehr Aktiengesellschaften in reine Goldobjekte um. Diese Entwicklung verdient die größte Beachtung.

Pinkerell gegen die Kapitalisten.

Der volksparteiliche Landtagsabgeordnete und Geschäftsführer der Fachgruppe Bergbau, Pinkerell, schreibt im „Arbeitgeber“ unter anderem:

„Wer auf den Markt tritt und zum Volke spricht, muß eine weiße Weste haben. Nicht nur, daß er ein Ehrenmann ist. Die Sache, die er vertritt, muß rein sein. Wir Männer, die wir uns einsetzen für die Pläne des deutschen Wirtschaftslebens, müssen den Glauben an seine Rechtheit und seinen Anspruch haben. Das setzt voraus, daß wir ehrlieh mit allen und allem, Schädlinge und Schädliches bekämpfen. Nicht verteidigen wollen, was ein Mensch mit gesundem Gewissen verurteilt, rügen, was falsch war und ist, und gegen Auswüchse und Verlehrtheiten härter vorgehen als die Kuchensüßenden. Mit der Verteidigung des Grundgesetzes der Privatwirtschaft und ihrer Führung muß sich der Kampf gegen all die vielen Erscheinungen und Existenzen verbinden, die dem christlichen Besitz fremd sind. Es gilt zunächst, den „Kapitalismus“ zu bekämpfen, der heute breit zu wuchert, der nur die Sucht nach Geld kennt und das Wort Opfer nie gehört hat. Die Einzelkämpfer der wirklichen Industrien, der verantwortlichen Verfolger von Millionen Existenzen, der wirklichen Kaufleute, der Treuhänder anvertrauten Gütes, muß gegen den Reich und die Kräfte des Kapitalismus, dessen Gott das Geld ist, viel energischer anstürmen als es die Rasse des Sekretariats tut. Schwerer wird es sein, rücksichtslos da vorzugehen, wo im eigenen Lager ungerechtfertigter Egoismus sich breit macht, aber diese Aufgabe ist die erste, weil sie die vornehmste ist. Wir wollen auch ein Wort sagen können, wenn die Konzernpolitik sich überläßt, wir wollen laut sprechen, wenn anarchische Formen töten, was leben soll. Wir wollen gegeneinander frei sein, wenn das Gemeinwohl es gebietet.“

Das System der Privatwirtschaft läßt sich nur so lange halten, als es von der Mehrheit des Volkes verteidigt wird. Es scheint so, daß es schwer wird, diese Mehrheit zu sichern.“

Die Ehrlichkeit des Bekenntnisses ist erfrischend. Der Mann scheint seine Leute noch besser zu kennen als wir.

Für Aufhebung des russischen Autocinfuhrverbots.

Der Chef der Autosektion der Zentralverwaltung des Maschinenbaus erklärte den Moskauer „Iswestija“, das kürzlich erfolgte Verbot der Autocinfuhr nach Rußland habe bezweckt, dem bisher planlos vom Staatlichen Ein- und Ausfuhrbüro (Gosorg) und anderen staatlichen Stellen betriebenen Autocinfuhr im Zustande Einhalt zu tun. Jedoch existiere eine einheimische Autoindustrie noch nicht. Der in Rußland vorhandene Bestand an Automobilen, der überdies vorwiegend aus großen für den Krieg und für den Ueberlandverkehr berechneten Typs bestche, sei zum großen Teil so abgenutzt, daß ein Unfall drohe, wenn durch irgendeinen Umstand eine Mobilisation des Transportwesens notwendig würde. Deshalb sei es erforderlich, daß die Regierung die Einfuhr eines billigen und für den Stadtverkehr geeigneten Typs wieder freigebe.

Polen gegen Danzig.

Und gegen den Völkerverbundkommissar.

Genf, 5. Juli. (WZB.) Die Behandlung der Danziger Angelegenheiten in der gestrigen öffentlichen Sitzung des Völkerverbundes führte zu einem sehr energischen Vorstoß des polnischen Vertreters gegen die vertragsmäßig festgelegten Rechte Danzigs und gegen die Zuständigkeit des Völkerverbundes. Diese Aktion war bereits durch eine polnische Note an den Völkerverbund vom 20. Juni eingeleitet worden, die dagegen Einspruch erhebt, daß die Versailler Rechte Polens auf Danziger Gebiet in keiner Weise verwirklicht worden seien. Die Note lehnte ferner eine Einmischung in die inneren polnischen Angelegenheiten ab und forderte, daß die Versailler Bestimmungen nunmehr durchgeführt würden. Danzig entgegnete in einer Note vom 1. Juli u. a., daß die Versailler Bestimmungen Danzig zum unabhängigen und selbständigen Staat machen.

Die gestrige Debatte drehte sich um die folgenden drei wichtigen Punkte: 1. das Verhältnis der Danzig-Polnischen, 1920 abgeschlossenen Pariser Konvention zu dem Versailler Artikel 104, den Polen in den Vorbereden zu rügen und einseitig auszulegen scheint, um die Konvention zu umgehen; 2. die Zuständigkeit des Völkerverbundkommissars in Danzig an den laut Artikel 39 der Konvention Polen sich bei Unstimmigkeiten zu wenden hat, während es sich gegenwärtig unter Umgehung des Völkerverbundkommissars direkt an den Völkerverbund wendet, was erst nach erfolgter Anrufung und Beschließung des Kommissars zulässig ist; 3. die allgemeinen Beziehungen zwischen Danzig und Polen, von denen Polen ein völlig übertriebenes Bild entworfen hat, um daraus die Berechtigung zu einer Neuregelung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten herzuleiten.

Der Berichterstatter des Rates, der Spanier Dulnanes de Leon, stellte sich auf den Standpunkt, daß laut Artikel 39 der Konvention die streitenden Parteien sich an den Kommissar zu wenden haben, der selbst über seine Zuständigkeit entscheidet, auch bei gegenwärtigen Streitfällen und Klagen. Eine weitere Entscheidung bezieht sich der Berichterstatter bis nach der Anhörung der beiden Parteien vor. Der Völkerverbundkommissar in Danzig, Mac Donnell, vertrat den gleichen Standpunkt mit noch viel größerer Entschiedenheit und verwies auf die seit zwei Jahren erfolgreich geübte Praxis; die polnisch-Danziger Konvention beruhe auf dem Versailler Artikel 104 und binde beide Parteien. Er forderte Wahrung und Achtung seiner Rechte, worauf er darauf anspielte, daß die polnischen Vertreter in der letzten Zeit nicht mehr zu gemeinsamen Sitzungen bei ihm gekommen sind.

Der polnische Delegierte Bucinski, diplomatischer Vertreter Polens in Danzig, erbat

in außerordentlich heftiger Rede zahlreiche maßlose Vorwürfe gegen Danzig

und beschuldigte auch den Völkerverbundkommissar, sich in die innere Politik Polens einzumischen. Als Bucinski unter der

Heiterkeit der Versammlung Danzig auch das Bestehen eines „im Versailler Vertrage nicht vorgesehenen“ Spielfeldes vorwarf, untertrug ihn der Präsident und machte ihn darauf aufmerksam, daß neue Klagen zunächst an den Völkerverbundkommissar zu richten seien.

Präs. Sahm-Danzig trat in kurzen, maßvollen Darlegungen der Haltung des Berichters entgegen, die im Widerspruch mit den Versailler Bestimmungen stehe, stimmte den von hoher Unparteilichkeit getragenen Ausführungen des Kommissars zu, bezeichnete die Konvention als ebenso rechtsgültig wie den Versailler Vertrag, aus dem sie abgeleitet sei, und erklärte, daß sie nicht ohne Zustimmung Danzigs abgeändert werden könne. Besonders nachdrücklich protestierte er gegen die Mißachtung des Artikels 39 der Konvention (Zuständigkeit des Kommissars). Polen klage auch bei den Minderheitsverträgen über Verletzung seines Souveränitätsrechtes. Jeder Staat, der die Völkerverbundsbestimmungen annehme, müsse doch naturgemäß etwas von seiner Souveränität aufgeben.

Danzig bedürfe dringend des Schutzes

des Völkerverbundes; Polens direkte Aktion gegen Danzig unter Umgehung des Kommissars und die zahlreichen Repressalien bewiesen das. Sahm richtete deshalb an den Rat die dringende Bitte, den Kommissar zu ermächtigen, alle direkten Schritte Polens gegen Danzig sofort aufzuheben, wies darauf hin, daß ein Staat von 30 Millionen Einwohnern in dieser Weise gegen ein Staatswesen von 375 000 Menschen vorgehe, und schloß mit der Bitte um eine schnelle Entscheidung, die allein eine weitere Vergiftung der polnisch-Danziger Beziehungen verhindern könnte, sowie mit dem Ausdruck des Vertrauens zum Völkerverbund.

Lord Robert Cecil, England fragte, ob Polen denn nicht die Gültigkeit der Konvention anerkenne, ob es die Absicht habe, bei angeleglichen Widersprüchen sich einfach über die Konvention hinwegzusetzen, und gab zu verstehen, daß bei Meinungsverschiedenheiten der Kommissar zuständig sei.

Da Bucinski sich in seinen Darlegungen auf frühere Äußerungen des japanischen Ratsmitgliedes Ishi, fernerzeit Berichterstatter über Danzig, bezogen hatte, um nachzuweisen, daß auch er sich nicht auf die Konvention, sondern auf den Versailler Vertrag stütze, stellte Ishi fest, daß er sich damals auf die Konvention nicht habe stützen können, da sie erst seit zwei Tagen bestand, man heute aber wohl auf sie zurückgreifen müsse.

Die Sitzung endete damit, daß der Präsident des Rates, Dulnones de Leon, mit der Ausarbeitung eines Resolutionsentwurfes beauftragt wurde, die morgen vorgelegt werden soll.

Die Sabotage der Abrüstung.

Im Völkerverbund berichtete Salandra-Italien über die Frage der Rüstungsbeschränkungen. Die Völkerverbundversammlung habe sich dafür ausgesprochen, die Rüstungsausgaben auf den Betrag von 1913 zu beschränken. Der Rat hat jetzt be-

